

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

80 (3.4.1928)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 9 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellungsangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 40 Pfennig. o. Bei Mehrerhebung Rabatt nach Tarif. Bei der Nichterhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtlicher Behandlung und bei anderen außer Streit tritt o. Erfüllungsort und Gerichtsstand in Karlsruhe L. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Folk und Zeit“ Die Musikrevue / Sport und Spiel / Reimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenstich

Bezugspreis monatlich 2,30 Mark o. Ohne Zustellung 2 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelpreis 10 Pfennig o. Erscheint 8 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postkontonummer 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Verlag: Durlach, Weidenstraße 22; Baden-Baden, Friedrichstraße 26; Rastatt, Friedrichstraße; Offenburg, Langenstraße 28

Nummer 80

Karlsruhe / Dienstag, den 3. April 1928

48. Jahrgang

Die Reichsbahn verschenkt Geld

Eine Karlsruher Maschinenfabrik in den Bestellungsandal verwickelt

SPD. Berlin, 2. April. Die deutsche Reichsbahn macht mitunter recht merkwürdige Geschäfte. Während sie auf der einen Seite die Tarife erhöhen und die Wirtschaft stark belasten will, ist sie auf der anderen Seite in der Lage, loszulassen Geld zu verschenken. Zum mindesten gilt das für das Eisenbahnenzentralamt. Das ist die Stelle, die sich mit der Materialbeschaffung für die deutsche Reichsbahn befaßt.

Nach vor einigen Tagen ist dieses Amt im Zusammenhang mit großen Beschaffungsaffären genannt worden. Jetzt befragt man in Berliner Kreisen ein Metallgeschäft, das zwischen dem Eisenbahnenzentralamt und einer Berliner Firma abgeschlossen wurde. Es handelt sich um den Verkauf von Rotkupf, und zwar soll das Eisenbahnenzentralamt sogenannten Eisenbahnröhren Nr. 5, der aus einer Legierung von 85 Prozent Kupfer, 5 Prozent Zinn und zum Rest aus anderen Metallen besteht, zu einem Preis verkauft haben, der weit unter dem Marktpreis liegt. Wir können uns denken, daß das Eisenbahnenzentralamt erfordernfalls auch als Verkäufer auftritt. Eigentümlich an diesem Geschäft, das rund eine Million Reichsmark kostet, ist jedoch die Tatsache, daß der Eisenbahnenzentralamt den Käufer verpflichtet hat, die überkommene Menge Rotkupf innerhalb eines Zeitraums von 8 bis 12 Monaten zurück zu liefern. Das Zentralamt hat der Berliner Firma gewissermaßen für eine Million Mark Rotkupf — und läßt sich dafür 100 und 100 Prozent vorbezahlt, während der Reichsbahndirektor 7 Prozent beträgt und Bruttoerlöse — um etwas anderes handelt es sich bei diesem Geschäft ja nicht — aus erster Hand kaum unter 9-10 Prozent zu haben ist.

Im Grunde genommen dürften derartige Geschäfte in erster Linie den Reichsbahnpräsidenten interessieren. Aber auch sonst wirkt der Handel ein elementares Recht auf die Geschäftsmethoden des Eisenbahnenzentralamtes. Wie es scheint, hat die Metallbeschaffungstelle beim Eisenbahnenzentralamt falsch disponiert. Sie hat allem Anschein nach zuviel Rotkupf gekauft. Um das Material nicht nutzlos liegen zu lassen, verleiht man es zu einem Zinssatz, der in seinem Verhältnis zu den Sätzen am Geldmarkt steht und der unmittelbaren Verlust bedeutet. Die haarsträubende, die Pfennigskalkulation scheint sich bei der Reichsbahn noch nicht eingestellt zu haben. Dagegen besteht aber das Bestreben, ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage die Tarife zu erhöhen.

SPD. Berlin, 2. April. Ueber die von einem Sonderdelegierten der Berliner Staatsanwaltschaft durchgeführte Untersuchung der

Geschäfte des Reichsbahnenzentralamtes berichtet eine Berliner Korrespondenz, daß die Reichsbahnen sich auf eine Reihe großer Firmen sowie auf eine Bank in Frankfurt a. M. ausgedehnt haben. Der bringende Bericht besagt, daß außer den bereits bekannten Geschäften des Reichsbahnenzentralamtes Müller noch weitere Lizenzgeschäfte vorgekommen sind. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht derzeit eine Frankfurter Bank, die in gewissem Sinne der Reichsbahn eine Reihe großer Unternehmungen der Eisenbahnindustrie. Der Reichsbahnbeamte Müller in Göttingen, der eine Verbesserung der Lagerung von Lokomotivwagen gemacht hatte, die außerordentlich brauchbar war, hatte sich mit der Bank in Verbindung gesetzt, um durch Verwertung der Lizenzen auf sein Verfahren, sich eine Nebeninnahme zu sichern. Die Bank gab das Verfahren an eine Karlsruher Maschinenfabrik.

Weiter. Müller geriet hierdurch sehr bald in Differenzen mit der Bank, da sie, wie er jetzt auslegt, deren Vertreter einen Teil der ihm zustehenden Beträge vorenthalten hat. Bei der Verwertung der Müller'schen Erfindung geriet die Bank und mit ihr die Karlsruher Maschinenfabrik in einen Konflikt mit einer Berliner Industriefirma, die ebenfalls die Müller'sche Erfindung erworben hat. Die Bank hat dann anscheinend versucht, seitende Beamte des Reichsbahnenzentralamtes wiederholt zu veranlassen, die verbesserten Kolbenringanlagen nur aus Karlsruhe, nicht aber aus Berlin zu beziehen. Tatsächlich scheint das auch erfolgt zu sein, obwohl dem Reichsbahnenzentralamt offenbar an Betreiben der Berliner Konstruktionsfirma eine Mitteilung gemacht worden war, daß die Erfindung von einem ihrer Beamten herrühre, und daß dieser erhebliche Lizenzgebühren dafür erhalte.

Bei der Prüfung dieser Angelegenheiten ist man, wie die Korrespondenz weiter meldet, auch auf Verträge des Reichsbahnenzentralamtes mit anderen großen Konzernen gestoßen, die jetzt noch näher untersucht werden sollen.

Durch persönliche Verhandlungen Warnings, früher Direktor der Frankfurter Metallgesellschaft, mit Reichsbahndirektor Neumann wurde der Voss. Hg. zufolge erreicht, daß die Firma Reichlich Warnung Treuhänderin für die Verfertigung sämtlicher zu verarbeitenden Lokomotiven wurde. Während der Jahre 1924 bis 1926 sollen etwa 4000 bis 6000 Lokomotiven zur Verfertigung gekommen sein und der mit Warnung abgeschlossene Vertrag soll außerordentliche Gewinne für Warnung gebracht haben. Wie behauptet, soll er bis zum Jahre 1928 40 Prozent des Wertes erhalten haben, während kurzzeitig die Quote 80 Prozent für Warnung und 70 Prozent für die Reichsbahn betrug. Reichsbahndirektor Neumann soll sich für diese Verträge Rückendeckung bei dem damaligen Präsidenten des Reichsbahnenzentralamtes geschaffen haben.

Der Putsch

Das Manöver mit der Eisenbahn-Tariferhöhung

Die von der Reichsbahn beschlossene Erhöhung der Tarife ist ein von langer Hand vorbereiteter Schlag gegen die Lohnbewegung. Schlicht ist diese Erhöhung nicht begründet. Die Reichsbahneninsassen machen sie nicht notwendig und vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus ist sie nur schädlich. Das weiß die Öffentlichkeit und deshalb ist sie gegen die Tariferhöhung. Kein Wunder also, wenn der Reichstag am Freitag bei der Beratung des Beschlusses den Beschluß des Verwaltungsrates der Reichsbahn-Gesellschaft aufs Schärfste verurteilt hat. Sämtliche Abgeordnete von links bis rechts kritisieren das Vorgehen der Reichsbahn-Gesellschaft. Die Sozialdemokratie rügt zugleich, daß die Mitglieder des parlamentarischen Beirats über die Höhe der Reichsbahn-Tarife, die Tarife zu erhöhen, nicht informiert worden sind, und protestieren gegen die Übergehung des Reichstages. In der Debatte wurde sogar von Rednern der Reichsparteien betont, die Reichsbahnverwaltung solle lieber die Bestandslagen aufheben und die Protestaktionen und Konventionen abschaffen, als Tariferhöhungen vorzunehmen. In einer einstimmig angenommenen Entschließung befreit der Reichstag die Notwendigkeit der Erhöhung der Eisenbahntarife.

Diese Einstimmigkeit zeigt, daß die Reichsbahn sich auf falscher Fährte befindet. Wenn ihr Verwaltungsrat irgend eine Erhöhung beschloß, so hat das keine guten Gründe. Sie wurde durchgesetzt, eben weil mit einem Proteststurm zu rechnen war, weil die Öffentlichkeit gegen die Lohnbewegung aufgebracht werden und die Erhöhung der Reichsbahn-Tarife über die Tariferhöhung dem Schärferem in seinem Kampf gegen die Verbesserung der Löhne Wasser auf die Mühle liefern soll. Man will unter allen Umständen für die Öffentlichkeit die Legende fabrizieren, daß die Tariferhöhung eine Folge der Lohnbewegung sei. Der Verwaltungsrat glaubte zwar nach außen betonen zu sollen, daß die Tariferhöhung von der Reichsbahn nicht im Zusammenhang mit der

Lohnbewegung erfolgt worden sei. In der Präsidialsituation des Reichsverbandes der Deutschen Industrie wurden jedoch andere Töne angeschlagen. Dort erklärte Herr v. Siemens, der Präsident des Verwaltungsrates der Reichsbahn, die Tariferhöhung als Folge der allgemeinen Lohnsteigerungen und einer Steigerung der sozialen Verpflichtungen sowie der notwendigen Ausweitung der Anlagen.

Warum hat denn der Verwaltungsrat die Tariferhöhung so prompt unmittelbar nach dem Abschluß der Lohnverhandlungen beschlossen? Die Mehrkosten aus der Erhöhung der Eisenbahntarife belaufen sich auf 60 Millionen Mark im Jahr. Aus der Tariferhöhung will man aber eine jährliche Mehreinnahme von 250 Millionen Mark herausziehen. Wenn die Reichsbahn-Gesellschaft diese 250 Millionen Mark wirklich braucht, dann war sie schamlos über die Notwendigkeit einer Tariferhöhung im klaren. Dann hätte sie aber auch längst ihre Entscheidung bezüglich der Tariferhöhung treffen können. Bei dieser Reichsbahn-Gesellschaft die zu erwartenden Mehreinnahmen infolge der Lohnbewegung keine ausgleichende Rolle. Aber die Verkopplung der Tariferhöhung mit der Lohnbewegung, das war ja der Zweck der Aktion.

Das Manöver der Reichsbahnverwaltung und der hinter ihnen stehenden Schirmherrscher muß rechtzeitig durchkreuzt werden. Bei der Einsetzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn ist damit zu rechnen, daß trotz des Protestes der Öffentlichkeit und des Reichstages dennoch die Tariferhöhung kommt. Die Verärgerung der Wirtschaftskreise wird dann nicht ausbleiben und eine gefühligere Unternehmenspresse wird offen und verächtlich immer wieder die Arbeiterfrage zum Sündenbock machen. Die Lohnbewegung soll bei der Öffentlichkeit, löse es, was es wolle, verflüchtigt und verleibert werden. Das ist der Sinn der Tarifpolitik des Verwaltungsrates der Reichsbahn und daneben muß sich die Öffentlichkeit mit aller Entschiedenheit wenden.

bestanden den gezielten Maßnahmen keinen Anstoß geben und daher mehr den Charakter eines Manövers als einer diplomatischen Antwort verdienen. Die Antwort der britischen Regierung dürfte sich in dieser Richtung bewegen.

Waldeck stimmt dem Anschluß zu

Berlin, 3. April. (Rundfunk.) In der Montagsitzung der Waldeckischen Landesvertretung wurde der Staatsvertrag mit Preußen über den zweiten Vertrag einstimmig angenommen. Waldecks Anschluß an Preußen ist damit endgültig gesichert.

Strojemann Spitzenkandidat der Volkspartei in Bayern

Wie die Landesparteileitung der Deutschen Volkspartei mitteilt, hat der Reichsminister des Innern Dr. Strojemann die ihm im Landesauswahl der Deutschen Volkspartei angebotene Spitzenkandidatur für die Wahlkreise Oberbayern-Schwaben und Niederbayern-Oberpfalz angenommen.

Josef und seine Brüder

Der Kampf innerhalb des Zentrums

Die badische Zentrumspresse hat sich krampfhaft bemüht, glauben zu machen, der scharfe innere Kampf, der um Herrn Dr. Wirth im deutschen und auch im badischen Zentrum eine die gesamte politische Öffentlichkeit so stark interessierende Rolle bisher gespielt hat, habe nichts mit grundsätzlichen Fragen zu tun, sondern sei nur eine taktische und Angelegenheit der Taktik und der Disziplin. Auch die Abkündigung Dr. Wirths in Baden als Reichstagskandidat sei nicht anders zu bewerten. Wir haben, wie unsere Leser wissen, von Anfang dieser Zentrumsveränderungen nicht ein Wort geglaubt, weil wir die Kräfte sahen, die gegen Wirth am Werke waren und weil wir auch die Personen erkennen konnten, die aus allgemein politischen Erwägungen heraus Dr. Wirth und dessen Anschauungen bekämpften.

Nun äußert sich auch Herr Adam Röder, der bekannte konservativ-christliche Publizist, der seit 1924 Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstags bis zur Auflösung gewesen ist, zu dem interessanten Thema: „Das Zentrum und Dr. Wirth“. Herr A. Röder ist sicherlich in der Lage gewesen, in den letzten Jahren genaue Einblicke in die Strömungen innerhalb der deutschen Zentrumspartei zu erhalten. Er schreibt in der neuesten Ausgabe der Süddeutschen konservativen Korrespondenz u. a.:

„Was Wirths Stellung in der Zentrumspartei problematisch macht, ist seine Haltung in innerpolitischen Grundfragen. Es hat keinen Wert, diese Dinge verschleiern zu wollen. Wirth ist Republikaner und Demokrat, nicht in jenem verschwommenen Opportunismus, der sich zur jeweiligen Verfassung bekennt und in seiner moralischen Beschaffenheit nicht weit von einem echten Sozialisten entfernt ist —, sondern in vollkommener Unweidlichkeit. Er ist außerdem sozial —, ich stehe im Zweifelsfall auf Seiten der Arbeiter“ — und ist bereit, für eine Politik der Sozialreform die Konsequenzen daraus zu ziehen. Das macht ihn der „Rechts“-Richtung seiner Partei verdächtig, dem energiegelassen Mittelständler und Patrioten, dem engherzigen und wohl auch dem deutschen hohen Klerus, der indes aber nicht als klassischer Interprete der vorkatholischen Grundanschauungen gelten kann.

Man mag sich kein X für ein U vor, man sei gerecht, sachlich und ehrlich. Die Rechts-Richtung existiert und ein wesentlicher Teil des Zentrums und der deutschen Katholiken will aus soziologischen und aus Gründen, die durch bestimmte Traditionen ethisch-religiös fixiert sind, nach rechts. Mit der christlichen Weltanschauung hat dies nichts zu tun und letzten Grundes auch nichts mit der katholischen Weltanschauung, wenn man schon die christliche Weltanschauung auf einen kirchlichen Kenner bringen will. Lediglich aus diesem rechts drängen, das es sei nochmals gesagt, aus der Gedanken- und Ideenwelt bestimmter soziologisch formierter Kreise der kath. Bevölkerung zu verstehen ist, entstand die Stellung gegen Wirth. Niemand im katholischen Lager wird behaupten wollen, daß Wirth nicht ein exakter kirchlicher Katholik sei. Es ist die Politik — der Gesamtkomplex aller politischen und sozial-wirtschaftlichen Fragen — die die Differenz zwischen Wirth und dem Zentrum geschaffen hat, denn die Politik wird heute nicht mehr von der kirchlich-religiösen Weltanschauung allein bestimmt. Das haben ja die bayrischen Katholiken bei der Reichspräsidentenwahl selbst bewiesen, indem ihre große Mehrheit nicht den durch kirchlich-religiöse Weltanschauung verbundenen Dr. Marx wählte, sondern den Militaristen und protestantischen Herrn von Hindenburg. Dieser stand den bayrischen Katholiken näher, weil er politisch konservativ und monarchistisch ist. Die Opposition im katholischen und Zentrumslager gegen Wirth ist eine politische, nur eine politische...“

Herr A. Röder erzählt weiter Wirths Stellung zum Reichshulgeheiß und die daraus hervorgegangenen Differenzen und sagt dann:

„Es geht im „Problem Wirth“ um die Erhaltung der Zentrumspartei als einer demokratischen, sozialistischen, christlich-sozialen Reformpartei, — um eine Partei der Mitte infolge, als die Geständmachung politischer Nationalität dem praktischen Fortschritt dient.“

Am Schluß seines Artikels zitiert Herr Röder den verstorbenen badischen Zentrumsführer Theodor Wader:

„Was Theodor Wader unter Zustimmung aller Zentrumsfraktionen in Essen 1913 proklamiert hat, daß die Bischöfe in der Politik den Katholiken nichts zu befehlen haben, muß Maxime der Zentrumspolitik werden. Damals, vor 15 Jahren, kam der Priester und Zentrumsführer Theodor Wader auf den Zunder; das tat aber der Nichtakt seiner Auffassung keinen Abbruch...“

Die Zentrumspresse mag sich winden und drehen, daß einem für ihre Glieder Angst werden kann, sie wird die Tatsache nicht verbergen und nicht hinwegzuzubulieren vermögen, daß der Kampf gegen Dr. Wirth innerhalb der Zentrumspartei vornehmlich wegen seiner scharf republikanisch-demokratischen und sozialen Einstellung erfolgt ist. Und unverkennbar ist, daß in diesem Kampf der Herr Dr. Wirth eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat. Herr Dr. Wirth, der in diesem Kampfe ein meistens recht unglücklicher Taktiker war, wäre auch glatt unterlegen, wenn er nicht außerhalb seiner Partei kräftige Unterstützung gefunden hätte. Diese Unterstützung, und das Echo, das sie bis weit hinein in Zentrumskreise gefunden hat, hat es schließlich der Reichsleitung des Zentrums geraten erscheinen lassen, den Streich wieder einigermaßen gutzumachen, der von einer Mehrheit badischer Vertrauensleute des Zentrums gegen Wirth bei der Kandidatenaufstellung geführt worden ist. Mag der Badische Beobachter sagen was

Der englisch-ägyptische Konflikt

Der britische Ministerrat trat am Montag zur Beratung der in ihrem Wortlaut der Öffentlichkeit noch immer nicht bekannt gewordenen jüngsten ägyptischen Antwortnote zusammen. Die neue gefasste Note wird, wie eine der Rednerin nachher sagte, erklärt, als ernst, wenn nicht als besorgniserregend betrachtet.

Die Auffassung der amtlichen englischen Kreise geht dahin, daß die britische Regierung das Einverständnis gegen alle Maßnahmen des ägyptischen Parlaments und die ägyptische Regierung bestimme, welche die in der Resolution 22 der britischen Kontrolle vorbehaltenen Punkte verletze. Im Gegensatz hierzu geht der ägyptische Standpunkt dahin, daß die Position eine britische Erklärung darstelle, die von Ägypten anerkannt worden sei und daher Ägypten weder moralisch noch juristisch binde.

Wie bekannt, geht in Regierungskreisen die Auffassung dahin, daß die ägyptische Note über den wesentlichen Punkt der britischen Note, nämlich die Frage der Erfüllung oder Nichterfüllung der Forderung nach Zurückziehung der von der britischen Regierung

er will, um in den eigenen badischen Parteikreisen den üblen Eindruck der Abjagung Dr. Birchs abzuwischen, es ist ein politisch außerordentlich beachtenswertes Zeichen, daß ausgerechnet die badische Zentrumspartei den sozial eingestellten Republikaner und Demokraten Dr. Birch aus dem Reichstag entfernen wollte.

Poincaré als Verständigungs- politiker

Die Völker wollen den Frieden

Paris, 2. April. (Gg. Draht.) Die gestern bereits mitgeteilte Rede des Ministerpräsidenten Poincaré in Carcassone muß in außenpolitischer Hinsicht als eine entscheidende Umkehr des Republikaners Poincaré zu der Verständigungspolitik Briand's gewertet werden. Der Ministerpräsident der französischen Republik hat zwar als Wahrdemokrat gesprochen. Aber auch dieser Umstand machte seine Ausführungen nicht wertlos. Poincaré's Rede ist Ausdruck der Stimmung, die sich nur möglich, weiß die große Masse der Wählerschaft die Verständigungspolitik will. Das ist das Erstrebte und die deutsche, französische und englischen Sozialisten haben in diesem Wahlkampf die große Aufgabe, diesen Stimmungsumschwung der Mehrheit der Bevölkerung Europas so sicher in parlamentarischen Mandaten festzusetzen, daß die Politik der führenden europäischen Regierungen in die Richtung der Völkerverständigung hinein gezwungen wird.

Wagemann, Reichswahlleiter

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter für die am 20. Mai stattfindenden Reichstagswahlen den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Wagemann und zu seinem Stellvertreter den Direktor des Statistischen Reichsamtes, Geh. Regierungsrat Dr. Meißner, ernannt. Die Geschäftsräume des Reichswahlleiters befinden sich in Berlin W 10, Köpenicker Str. 8, Fernruf Berlin Kurflucht 2441, Telegramm-Adresse Reichswahlleiter Berlin W 10.

Härtetfonds des Schlußgesetzes

Die Richtlinien vom Reichsrat genehmigt

Der Reichsrat hat eine Verordnung über die Gewährung von Beihilfen aus dem Härtetfonds des Kriegsschadensausgleichsgesetzes (Härtetfondesrichtlinien) genehmigt. Nach § 1 der Verordnung können Beihilfen aus dem Härtetfonds erhaltend:

1. Geschädigte, die die Anmeldefrist verläuft haben und Geschädigte, deren Schaden erst nach dem 1. Mai 1928 eintritt, aber nicht innerhalb von 3 Monaten angemeldet worden ist;
2. deutsche juristische Personen, Gesellschaften und andere Personenvereinigungen, sowie nichtverdrängte Kriegsschadensgeschädigte, die einen Schaden im Sinne des § 2 Nr. 2 G.S.G. erlitten haben;
3. Reichsangehörige, die die Reichsangehörigkeit zurzeit des Eintritts des Schadens nicht besitzen haben, sofern sie sich besondere Verdienste um das Deutsche Reich erworben haben;
4. verdrängte Geschädigte, die vor dem 1. April 1928 das 50. Lebensjahr vollendet haben, mit einem Schadensgrundbetrag bis zu 2000 M., sofern ihr gesamtes Hausvermögen verloren gegangen ist;
5. Geschädigte, die zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung gewisser Rechte Kosten aufwenden mußten. Nach den weiteren Bestimmungen der Verordnung ist bei der Bemessung der Beihilfe die Höhe des Schadens zu berücksichtigen. Im Falle des § 1 Nr. 4 dürfen die gesamten Entschädigungen einschließlich der Beihilfe 125 Prozent des festgestellten Grundbetrages nicht übersteigen. Gewährte Altersbeihilfen bleiben bei der Bemessung der Beihilfe außer Betracht. Eine Härtebeihilfe darf nur einmal gewährt werden und in Fällen des § 1 Nr. 1 und 3 nur bei Bedürftigkeit. In besonderen Fällen kann der Reichsminister Härtebeihilfen gewähren. Die Gewährung einer Härtebeihilfe ist jedoch ausgeschlossen, für Schäden, für die auf Grund des Kriegsschadensausgleichsgesetzes eine Schadensausgleichung zu gewähren ist. Dies gilt nicht, sofern der festgestellte Grundbetrag 2000 M., jedoch nicht 2500 M. übersteigt und die Voraussetzungen des § 1 Nr. 4 gegeben sind. Gewährt der Finanzminister eine Beihilfe, so dürfen die gesamten Entschädigungen einschließlich der Härtebeihilfe 2500 M. nicht übersteigen. Aus dem Härtetfonds sollen drei Millionen Mark für Beihilfen oder Darlehen an deutschstämmige Geschädigte gewährt werden können, die wegen ihres Deutschstums aus Ausland verdrängt worden sind. Mit Ausnahme dieser letzteren Fälle sind Anträge auf Gewährung einer Beihilfe beim Reichsschadensausgleichsamt zu stellen. Berücksichtigt werden können nur Anträge, die vom 1. April bis 31. Juli und beim Wohnort im Ausland bis zum 30. September 1928 beim Reichsschadensausgleichsamt eingehen. Erst nach diesen Fristen darf grundsätzlich eine Härtebeihilfe gewährt werden, früher nur in besonderen Ausnahmefällen.

Jud Süß

Roman von Lion Feuchtwanger

Copyright by Drei Masken Verlag A.G. München.

(Nachdruck verboten.)

35 (Fortsetzung.)

Die beiden gewichtigen Männer hatten ernsthaft die mütterlichen Dingen durchgesprochen, insbesondere das umständlich und mit großem Eifer vorgetragene, von Weisenlee verfaßte Anliegen des landwirtschaftlichen Ausschusses, sich unter keinen Umständen in den Ehlinger Judenhandel zu mengen. „Sieht Er, Herr Bruder,“ sagte Harpprecht und legte dem Hand auf die Schulter, „es wäre mir auch wärmer ums Herz, könnte ich den Juden Bechtesel in der Parfische sitzen lassen und dem Süß eins auswichen; auch dem Weisenlee gönnte ich den Triumph. Und wenn ich den, was wir zahlen müssen als Kompensation für die Auslieferung dieses Stinkjuden, und was für Enolumenta und wohlverdiente Anstöße wir den konfiszieren Ehlinger Krämerinnen dafür müssen in ihren gierigen Schlund schmeißen, und wie wir dafür nichts anderes haben, als daß wir im ganzen Reich als Judenzer werden verlästert und verlacht werden, Herr Bruder, ich brauch Ihm nicht zu sagen, wie es mir gallebitter hochsteht, wenn ich das den. Aber der Herzog hat von mir ein juristisches Judisium verlangt, kein politisches. Und wenns mich noch so fest verdriest, und wenn ich dem Juden noch so gern möchte alle Kompendien und Kommentare um seine insolente Frage schlagen: zuständig ist der Bechtesel an uns; und wenn es Recht und Gesetz gelten soll, dann zählen alle die kleinen Formalia nicht, die man mit Advokaten ins contrarium kann kommentieren. Als Jurist muß ich jubizieren: der Bechtesel muß ausgeliefert werden an die herzoglichen Gerichte.“

Wiflinger sentte den massigen Naden. Gewußt hatte er das, gewußt hatten das alle; gewußt hatte es sicher auch der Herzog, und wie er ein Gutachten von Harpprecht gefordert hatte, war die Affäre eigentlich schon entschieden. Aber schön wäre es doch gewesen, wenn der Harpprecht anders jubiziert hätte. Der Herzog hätte die Auslieferung wahrscheinlich doch verlangt, aber der Jud hätte einen verben Stoh getriegt. „So steht er fest oben“, grölle er, lacht, wie wir uns müssen abkoppeln, ihm den Gefallen zu tun.“

Aber er machte weiter keinen Versuch; er wußte, der Jurist wird sich eher die Finger abhaden, es daß er in ein Judisium ein

Generalversammlung des Gau's Baden im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Baden-Baden, 1. April 1928.

Zur Behandlung wichtiger organisatorischer und politischer Fragen trat die Gau-generalversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Sonntag, 1. April, in der Bäderstadt zusammen. Den eigentlichen Verhandlungen des Haupttages gingen am Samstag Beratungen der aktiven Führer, der Jungbannführer und der Eisenbahner-Vertrauensleute voraus. Auch das republikanische Krisenereignis hatte am Samstag abend die Delegierten seiner Krisenereignis nach Baden-Baden zu einer Gau-generalversammlung entzündet. Die Verhandlungen des Vortages wurden im Geiste der Kameradschaftlichkeit und Sachlichkeit erledigt und bildeten so eine wirkungsvolle Vorbereitung der Hauptkonferenz.

Der rührige Krisenereignis Baden-Baden des Reichsbanners veranstaltete abends eine würdige Begrüßungsfeier, die eine besondere Note durch die Anwesenheit des trotz seiner 76 Jahre jugendfrischen Kameraden General v. Deimling empfing, dessen begeisterte Ansprache einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Sein flammender Aufruf gegen den Krieg und seine mutigen Worte für den Frieden wurden mit stürmlichem Beifall aufgenommen.

Am Sonntag vormittag gegen halb 10 Uhr traten die Delegierten im Sänerheim „Aurelia“ zur Gau-generalversammlung zusammen. In seiner Begrüßungsrede wies der Gauvorsitzende Dr. Helfenstein-Mannheim auf die schwierige Situation der vergangenen zwei Jahre hin und betonte, daß es die Aufgabe der Reichsbannerkameraden sein müsse, bei den kommenden Wahlen durch aktive Arbeit in ihren eigenen Parteien dafür Sorge zu tragen, daß eine Wiederkehr der Reichsregierung unmöglich gemacht werde. Das Ziel der Reichsbannerarbeit müsse sein, das Haus der Republik, in dem sich die Gegner unseres Staates breit gemacht haben, durch die Republikaner zu erobern.

Dann ergriff der Vertreter des Bundesvorstandes, Generalsekretär G. B. H. z. d., das Wort, um in seiner Begrüßungsansprache die große Bedeutung der kommenden Wahlen für die fünftägige Entwicklung der deutschen Republik zu kennzeichnen. Das deutsche Volk müsse den Deutschnationalen für die Wiederholung, die sie in der Außenpolitik verschuldet haben und für die volkfeindlichen Handlungen, die sie sich im reinen Parteinteresse erlaubten, am 20. Mai durch ein gemäßigtes Bekenntnis zu den republikanischen Grundgesetzen die Quittung erteilen. Die Hauptaufgabe des Reichsbanners in diesem Kampfe sei, nach den Wahlen bereit zu stehen, um die Einbürgerung einer republikanischen Linie in unserer Innenpolitik zu erzwingen. Wir dürfen so leicht der Redner, nicht die Wahlen gewinnen und die Republik verlieren.

Für den Krisenereignis Baden-Baden wünschte der Vorsitzende, Kam. Frey, der Tagung guten Erfolg.

Dann konnte in die Erstattung des Geschäftsberichts eingetreten werden. Der GauSekretär E. Mann entrollte dabei ein überblicksreiches Bild der in den letzten zwei Jahren im Gau geleisteten organisatorischen Arbeit. Er betonte, daß gerade im abgelaufenen Jahre sich eine erfreuliche Konsolidierung in den Orts-

vereinen vollzogen habe, die nun daran gehen konnten, ihren inneren Ausbau zu vervollständigen. Der Mitgliedsbestand hat eine stetige Aufwärtsbewegung in den letzten Monaten angenommen. Im Gau sind gegenwärtig 103 Ortsgruppen zu zählen. Der Kellerbericht wies ein weniger günstiges Bild auf. Dem Reichsbanner stehen eben keine Subventionen industrieller und landwirtschaftlicher Interessentkreise zur Verfügung, wie das bei den reaktionären Verbänden meistens der Fall ist. Umso erfreulicher ist, daß die finanzielle Basis des Gau's, die nur aus Mitgliedsbeiträgen oberbesselter Reichsbannerkreise gebildet wird, allmählich immer mehr gesunden.

Im Anschluß an den umfangreichen Geschäftsbericht entwickelte sich eine sehr fruchtbare und sachliche Diskussion, an der sich viele der 82 Delegierten beteiligten. Es ging in erster Linie dabei um organisatorische Fragen, bei deren Erörterung fast überall ein einheitlicher Wille sich bemerkbar machte. Natürlich steht als die wichtigste Aufgabe der drei Weimarer Parteien am Reichsbanner, die den Delegierten Anlaß zu Erörterungen gab. Nach der Beschlußfassung über die Anträge und nachdem dem Gauvorsitzenden für seine Geschäftsführung Entlastung gewährt wurde, nahm man die Wahlen zum Gauvorsitzenden vor. Folgende Kameraden wurden neu, bzw. wieder gewählt: 1. Vorsitzender: Dr. Helfenstein-Mannheim, 2. Vorsitzender: Landtagsabg. Reinhold-Mannheim, außerdem J. Kölmel-Mannheim, Lübbecke-Friedrichs, Feuerstein-Mannheim, Beer-Karlruhe, Scheel und A. Wirth-Mannheim, Bartels-Heidelberg, Reinmuth-Karlruhe, Dr. Kunsemüller-Freiburg, Müller-Wörach, Benedek-Konstanz. Als Delegierte zur Bundesgeneralversammlung wurden gewählt: Bartels-Heidelberg, Reinmuth-Karlruhe und Benedek-Konstanz. Damit war der Beratungstag erledigt und es nahm General v. Deimling, der als Gast den Verhandlungen beizuwohnte, das Wort zu einer bedeutungsvollen Ansprache, die einen wirkungsvollen Schlußstein der harmonisch verlaufenen Tagung bildete. Der greise Redner setzte sich mit jugendlicher Begeisterung für einen immer stärkeren Ausbau des Reichsbanners ein und betonte, daß das Reichsbanner, so lange die republikanischen Verbände noch existieren, seinen Kampf nicht aufgeben werde. Es müsse in Deutschland die Gefahr der faschistischen Diktatur verhindert werden. Die wichtigste Aufgabe für die kommende Zeit sei, für das Reichsbanner, die Ausbreitung des Friedensgedankens und der Ausbau der Republik zu einem isolierten Staat, in dem sich auch der Arbeiter zu Hause fühlen könnte. Sein Frei Heil, in das die Delegierten begeistert einstimmten, galt der deutschen Republik.

Den Dank des Bundesvorstandes an General v. Deimling und den Gau Dank hatete Kam. Gebhard ab, während für die Delegierten Kam. Danjer-Heidelberg dem Gauvorsitzenden das Vertrauen ausbrach. Kam. Dr. Helfenstein schloß hierauf kurz nach 3 Uhr die sehr eindrucksvoll verlaufene Konferenz, von der zu hoffen ist, daß ihre Anregungen im Lande verstanden und in emsiger Arbeit für das Reichsbanner ausgenützt werden.

Notprogramm und Landwirtschaftshilfe

So geht es nicht, Herr Schäfer!

Die Deutschnationalen sind von einer geradezu aufreizenden Geschäftstüchtigkeit. Samstag mittag 12 Uhr trat der Reichstag zusammen, um seine Aufkündigung zu beschließen und Samstag vormittag 10 Uhr wollte man schnell noch Koffer und Koffer in der Hand — im Wahlschneckenjause, ein kleines, feines, feines Geschäftchen abschließen.

Der Reichstag hat im Rahmen des Notprogramms für die Landwirtschaft 8 Millionen Mark zur Deckung des Abfanges von Fleisch und Fleisch gewilligt; für weitere 22 Millionen übernimmt das Reich die Garantie. Die Sozialdemokratie hat trotz großer Bedenken zugestimmt, um den Bauern rasch und wirksam zu helfen. Den Dank des Landbundministers erhielt sie am Samstag in dem Regierungsentwurf der Richtlinien für die Verwendung dieser Summe ausgestellt, die man nicht anders als einen Überfall der Form nach und eine Brisierung der Sache nach bezeichnen kann.

Es heißt in diesen Richtlinien u. a.: „Die bereitgestellten Reichsmittel und Übernahme von Garantien des Reiches für Darlehen sollen dienen:

- a) der Beobachtung der Organisation des Viehauftriebs und der Fleischfabrik auf den großen Schlachtmärkten;
- b) der Förderung von Einrichtungen zur Bewertung und Verarbeitung von Schlachtabfall;
- c) der Förderung der direkten Abgabe von Schlachtabfall und Fleisch zwischen Vereinigungen der Erzeuger einerseits und Vereinigungen der Fleischer und Verbraucher andererseits;

d) der Entlastung des Inlandmarktes durch Gewinnung neuer Absatzgebiete für Schlachtabfälle sowie für frisches und zubereitetes Schweinefleisch;

e) der Rationalisierung von Schweinefleisch und Schweinefleisch. Zur Durchführung der Maßnahmen wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet. An der Gesellschaft sollen beteiligt werden: die Erzeugervereinigungen der Landwirtschaft, die Zentralstellen der Viehwirtschaft an den großen Schlachtmärkten, die Fleischfabrikanten und -mischer, der Viehhändler, das Fleischergewerbe, die Fleischverarbeitungsindustrie sowie Verbraucherorganisationen. Zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses soll ein Reichskommissar bei der Gesellschaft bestellt werden.“

Die Sozialdemokratie hat von vornherein darauf hingewiesen, daß ihre Zustimmung vor allem von 3 Bedingungen abhängig sei:

1. Mitwirkung eines 2er Reichstagsausschusses;
2. eine zentrale Reichsverb- und Fleischverwertungs-gesellschaft;
3. Unterstellung aller direkten Beziehungen zwischen den Genossenschaften der Verbraucher und der Erzeuger. Anders gesagt: kein unabhängiger, selbständiger Ministerialbürokratismus, kein bürokratisch generierter Interessententwurf, möglichst Ausschaltung des verteilenden Zwischenhandels.

Während man den 2er Ausschuss nicht auf ablehnen konnte, hat man unsere anderen Bedingungen glatt unterzogen. An der Spitze des Programms stehen der Herr Reichskommissar und die Reichsfleischgesellschaft. Glaubt man etwa, „die Werbung der öffentlichen Interessen“ maßgebend und unkontrolliert einer Gesellschaft von Interessenten übertragen und — vielleicht — Herrn Staatssekretär Dr. Sagedorn zum Schuttpatron dieser Korporation machen zu können? Wir melden schon jetzt den schärfsten Protest der gesamten Öffentlichkeit an.

Wort hineinsetzt, das Recht um Fadenbreite zu krümmen. Er verabschiedete sich von dem Freund, verabschiedet und ohne Hoffnung, aber mit festem, autem Händedruck.

Allein geblieben, war Harpprecht nicht dissoniert, sich logisch wieder an die Arbeit zu setzen. Er schenkte sich das Glas neu voll, schaute in die schräge Tischfläche aus tausenden Stäubchen. Dachte. Er war gewohnt, die Dinge aus großer Höhe zu beschauen. Er rebte den Fall ein. Er sah über die Grenzen des Herzogtums hinaus. Er sah die Affäre des kleinen Handelsjuden als Welle im Fluß des europäischen Weltens und Geschehens.

Dem der Kleine Hausjerude, gefoltert, willkürlich um Nord verkauft, und Süß, der allmächtige, unmeidliche Finanzdirektor, wichtiger Faktor in den Kalkülen der europäischen Höhe, schaukelte auf einer Welle. Wie sonderbar das Los dieser beiden sich ineinander schlang. Wäre Süß nicht hoch und in Glanz, hätten die Ehlinger den armen Teufel sicherlich laufen lassen. Wäre Süß nicht hoch und in Glanz, könnte er den armen Teufel nicht erlösen. Was haben den Finanzdirektor an den Hausjeruden? Das gemeinsame Blut? Dummes Zeug! Der gemeinsame Glaube? Schwach! Nichts war gemeinsam zwischen den beiden, nur eines: der Haß, der andrängte gegen den großen Juden wie gegen den kleinen.

Nachdenklich blätterte Harpprecht in den Chroniken ab historischen Urkunden der Gabelthoer, Magnus Bessenthaler, Johann Ulrich Pregiser, in der Verordnungen, Restriktionen, Landtagsabschieden, die vor ihm nebstest lesen. Darin war verzeichnet, wie man es bisher mit den Juden im Lande gehalten hatte, das war die Gesehgebung der schwäbischen Herzöge und Stände, die Juden anlansend, war der schwäbischen Juden Geschichte und Redi.

Seit Urzeiten haben sie da. Immer wieder waren sie verflucht worden um Nord, Brunnenergattung, Hostenshandlung und vor allem um ihren unfehllichen, vorkrederbildigen Wucher. Immer wieder hatte man sie tot geschlagen und ihre Forberungen null und nichtig erklärt, in Calw, in Wolf der Stadt, in Bulach, Tübingen, Kirchheim, Horb, Nagold, Oehringen, Cannstatt, Stuttgart. Man sollte allenthalten im Reich ihr Gut nehmen, stand da in einer lateinischen Urkunde, und dazu ihr Leben und sie töten, bis auf eine geringe Anzahl, so verhönt bleiben solle, um ihr Gedächtnis zu erhalten. Ein andermal, in einem Gutachten des Koffstörums, hieß es, nächst dem Teufel hätten die Christen keine größeren Feinde als die Juden. In einem Vertrag zwischen dem deutschen König und dem Grafen Ulrich dem Biegelebten waren Maßregeln getroffen wegen der vielfältigen Klagen über die Süßigkeit, die

nach ihrer gewöhnlichen Härtekeit geistliche und weltliche Reichsuntertanen durch ihren Wucher unheimlich und unfehllich beschwerte und sich auch in anberwes so arad und unordentlich hatte, daß dadurch Uneinigkeit, Krieg und Missetätigkeit entstände. Und im Testament des Grafen Eberhard im Bart wurden die Juden gescholten als Gott dem Allmächtigen, der Natur und der christlichen Ordnung geblüht, verhönt, und widerwärtig, als nagende Würmer, nuna geblüht, verhönt, und widerwärtig, als nagende Würmer und unfehllich, und sie wurden Gott dem Allmächtigen zu Ehren und des gemeinen Nutzens wegen hart und scharf das Landes verwiesen.

Warum aber, wenn man so urteilte, ließ man oder rief man gar sie immer wieder ins Herzogtum? Warum schickte sie Eberhard der Greiner, Graf Ulrich? Warum, wenn Eberhard im Bart, die Herzöge Ulrich, Christoph, Ludwig wieder ins Land? Es war zu billig, sie ein vermaldeutes, von Gott verwohnes Volk zu nennen. Warum konnte man nicht gleichgültig vor ihnen bleiben wie vor anderen Fremden, den eingewanderten französischen Emigranten etwa? Warum ließen sie ab oder zogen an oder waren gar widerlich und reissvoll in Einem?

Johann Daniel Harpprecht hob den Kopf von den Papieren. In den tausenden Stäubchen der schrägen Sonnenfäule formte sich ihm das Bild des Herzogs und das Bild des Juden, eines im anderen, eines ins andere überleitend. Beide waren ein Unklid. Gegen den Herzog gab es ein Bollwerk: die Verfassung; aber es war lächerlich und fromme nicht. Gegen die Juden gab es Gesetze, Restriktionen; aber sie nüteten nichts. Die nagenden Würmer, so stand in den Gutachten, Verboten. Das Land verlam, Armut, Elend, Verblühtung, Verlotterung, Verwüstung rih ein. Die nagenden Würmer saßen im Lande, trafen in keinem Mark. Nagten, wurden fett. Obenauf, sich ineinander ringelnd, der Herzog und der Jud, sich freisend in frecher, gemäßigter Raffheit, schlüßend, üppig.

Dem festen, geraden, sachlichen Mann inäuerten sich die Gedanken. Hier war so schwer fester Boden zu gewinnen; diese Juden und alles, was mit ihnen zusammenhängte, waren beunruhigend und voller Rästel. Sie austreiben nütete nichts, man rief sie doch immer wieder zurück; sie selbst das primitive Mittel, sie totzuschlagen, brachte keine Lösung. Das Mittel quälte doch weiter, hinterher; und dan nichtig, von wo man sie nie vermutete, tauchten sie neu auf.

Du siehst einen Hausjeruden, er acht herum, wackelnd, häßlich, schmutzig, laueriam, geduckt, hinterhältig, trumm an Seel und Leib,

Freistaat Baden

Die Spitzenkandidaten der KPD

Eine Bezirksparteikonferenz der KPD in Baden, die am vergangenen Sonntag tagte, stellte als Spitzenkandidaten der KPD die Herren Herm. Kemmele und Schork auf. Herr S. Kemmele selbst ist allerdings „verbündet“, an der Wahlkandidatur hat er sich nicht beteiligt; er ist schnell vor der Auflösung des Reichstages, dem er angehört, ins Ausland gereist, von wegen irgend einer Hochverratserei.

Sonderbare Pläne des Landesarbeitsamts

Zum Arbeitsamt Mergentheim?

Nach einer Meldung aus Tauberbischofsheim soll der Verwaltungsrat des Landesarbeitsamtes Stuttgart beschließen haben, die Bezirke Tauberbischofsheim und Wertheim vom Arbeitsamt Mergentheim abzutrennen und mit dem Bezirk Mergentheim und Wertheim zu einem Arbeitsamt zu vereinigen, dessen Sitz nach Mergentheim kommt.

Gegen diesen Beschluß macht sich jedoch mit Recht starke Opposition geltend. Man weist darauf hin, daß die Bezirke Tauberbischofsheim und Wertheim an industriellen Unternehmungen den Bezirk Mergentheim weit überlegen und Mergentheim als Sitz des Arbeitsamtes aus geographischer Hinsicht wenig günstig gelegen sei.

Man nehme an, daß auch die badische Regierung gegen dieses sonderbare Projekt Stellung nimmt. Der Sitz eines Arbeitsamtes gehört an einen industriellen Ort und nicht an einen wenig industrialisierten Badeort, mag dieser auch seine Reize haben.

Abg. M. Röber kandidiert nicht mehr. M. Röber erklärt in seiner Südd. Konf. Korrespondenz, daß er eine Kandidatur zum Reichstage nicht mehr annehmen werde.

Jahresversammlung des Landesverbandes der badischen Presse. Der Landesverband der badischen Presse, die Organisation der badischen Redakteure, hatte in Mannheim seine jährliche Jahresversammlung. Der Vorsitzende, Redakteur G. Müller, begrüßte die in großer Zahl aus dem ganzen badischen Lande erschienenen Redakteure, sowie den Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, Chefredakteur Gustav Richter in Berlin. In diesem Bericht konnte der Vorsitzende Müller von der Wiedererrichtung der Bezirksgruppe Oberbaden berichten, sowie von einem allgemeinen Aufschwung der Verbandsarbeit, der sich in der Mitteilungsbeurteilung zeigte. Da der Vorsitzende Müller-Mannheim sein Amt nach neunzehnjähriger erfolgreicher Tätigkeit niederlegte, mußten neu wählen vorgenommen werden. An seiner Stelle wurde zum Vorsitzenden des Landesverbandes Dr. Kumpf-Mannheim gewählt, als Kassier und Schriftführer wurde Redakteur Kiedel-Mannheim, zum stellvertretenden Schriftführer Redakteur Würb bestellt. Die übrigen Vorstandsämter wurden unverändert beibehalten. Das Bezirksgerichtsamt leitete sich zusammen aus Chefredakteur Fischer-Mannheim, Chefredakteur Frankel-Neustadt a. d. S. und Chefredakteur Meyer-Karlsruhe. Als nächster Tagungsort wurde Pforzheim bestimmt.

Die Badener in Berlin. Der Verein der Badener in Berlin feierte im Banquetaal des „Reinhold“ zu Berlin das 34. Gründungsjahr, dem auch der badische Gesandte Honold und Reichsfinanzminister Dr. Brüder sowie die Vertreter anderer landesmannschaftlicher Vereine anwohnten. Der erste Vorsitzende, A. Reinhardt, hielt die Begrüßungsansprache. Nach dem Festmahl sprach der stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichstag, Ministerialrat Dr. Fecht über das Land Baden, seine Kultur und Sprache, sowie über die Entwicklung des badischen Heimatsvereins in der Reichshauptstadt.

Der Tabakbau in Baden. Unter allen deutschen Bezirken hat der badische Tabakbau die größte Bedeutung. 1927 hatten von 64 707 Tabakbauern in ganz Deutschland 24 932 in Baden Tabak gebaut, also rund zwei Fünftel. Die tabakbebaute Fläche betrug in ganz Deutschland 9134 Hektar, hiervon fielen auf Baden 4563 Hektar, also rund die Hälfte. Von der gesamten Ernte von 1926 mit 144 103 Doppelzentnern entfielen auf Baden 76 529 Doppelzentner, das sind 53,1 Prozent.

Fleischsteuer für Hauschlachtungen. Von sachkundiger Stelle wird mitgeteilt: In Nummer 18 (richtig Nummer 12) der Ausgabe A der Badischen landwirtschaftlichen Zeitung vom 18. März d. J. ist von nichtamtlicher Seite unter dem Stichwort „Steuer und Recht“ bekannt gegeben, daß vom 1. April 1928 ab Hauschlachtungen von der Fleischsteuer befreit sind. Dieser Hinweis beruht auf einem Irrtum. Das badische Fleischsteuergesetz, das auch für die Hauschlachtungen gilt, besteht auch nach dem 1. April 1928 unverändert fort.

Republizierung in Preußen

Die preußische Regierung hat zur Festigung der republikanischen Staatsform eine Reihe zuverlässiger Republikaner zu Regierungsratsmitgliedern ernannt.

Das Verfahren gegen die Autonomisten

Die Voruntersuchung gegen die eschäftlichen Autonomisten ist nunmehr endgültig abgeschlossen. Unter den Angeklagten befinden sich auch einige deutsche Staatsangehörige, und zwar der Oberlehrer Schmidlin aus Münster i. W. und der Redakteur Ernst aus Berlin, Schriftleiter der Mitteilungen des eschäftlichen Landbundes.

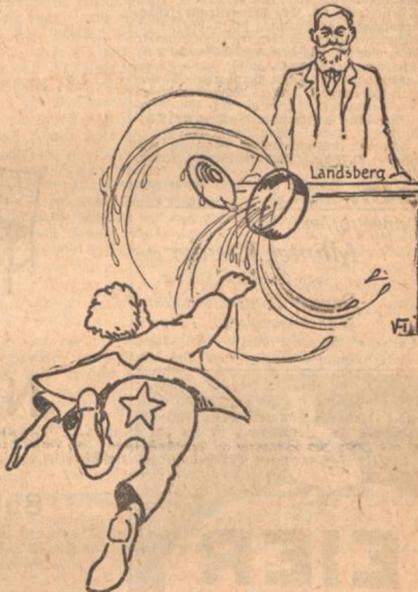
Polnisch-litauische Konferenz

Die polnisch-litauische Konferenz in Königsberg fand gestern nachmittag ihren Abschluß. Der polnische Minister des Reichs J. Kasiecki hat dabei dem litauischen Ministerpräsidenten M. Oleszowski einen Nichtangriffsvertrag zwischen Polen und Litauen angeboten.

Deutsch-japanischer Handelsvertrag

Der Kaiser von Japan hat den deutsch-japanischen Handelsvertrag am 1. April ratifiziert. Der Vertrag wird am 17. April in Kraft treten.

Marke Spudnapf.



So kämpfte die KPD im Reichstag für die proletarische Einheitsfront!

Ein Standal aber, eine Bräuterei ist die Stellungnahme der Reichslinien gegenüber den Genossenschaften. Während der erste Entwurf, dem Ausschuss am Freitag nachmittags ausgestellt, die Genossenschaften der Verbraucher und der Erzeuger regelmäßig, und man darf sagen, bevorzugt anführte, hat sich über Nacht der Wind entschieden nach rechts gedreht. Der Minister überprüfte am Samstag den Ausschuss mit seiner neuen Fassung, in der das Wort Genossenschaft weithin gestrichen war, siebenmal im ganzen genau geschäftl. Und das, trotzdem der Text des Gesetzes auf besonderen Beschluß des Reichstages abgeändert worden war, die Mittel zur Förderung des direkten Absatzes . . . zwischen Genossenschaften der Erzeuger einerseits und der Verbraucher . . . andererseits, hergestellt werden sollten. Hier liegt eine offene Genossenschaft gegen die Genossenschaften und eine nicht minder offene Mißachtung des Reichstages vor.

Beachtet Herr Schiele nicht, daß er sich und sein Ministerium damit erneut und höchst überflüssig dem Verdacht aussetzt, daß sie nicht an die Förderung des Fleischabfahres, sondern an die Förderung verfrachteter Landbundesgesellschaften und dummer Unternehmerinteressen denken?

Wir glauben zu wissen, daß sowohl eine Reihe von Ländern, vor allem Preußen und Bayern, daneben aber auch die Parteien der Mitte und selbstverständlich der Linken, die Landbundespolitik des Reichsernährungsministeriums nicht hinzunehmen gewillt sind.

Gewiß soll geholfen werden. Bald geholfen werden. Genosse Dr. Giffert hat deshalb namens seiner Parteifreunde entgegen einem Vorschlag des Vorsitzenden auf beschleunigte Beratung im Ausschuss gedrängt, sobald dieser statt, wie vorgeschlagen, am 23. bereits am 18. April zusammentreten wird, damit die vorliegenden abschließenden Projekte beschleunigt durchgeführt werden können. Aber nach dem Bescheid des Herrn Minister Schiele geht es nicht.

Wenn es um Mitigation unter den Bauern zu tun wäre, könnte uns dieser neue, in seiner Tendenz bauernfeindliche Vorstoß des Landbundes nur willkommen sein. Aber uns ist darum zu tun, den Erzeugern und den Verbrauchern zu helfen. Wir lehnen deshalb diesen Vorschlag einer Sanierung lauter Geschäfte rundweg ab.

Die Rentenansprüche von Eisners Witwe

Terminvertragung zwecks Vergleich

Am Montag wurde vor der ersten Zivilkammer des Landgerichts München neuerdings die Klage der Witwe des früheren Ministerpräsidenten Eisner an den bayerischen Staat verhandelt. Die Vertreter der Partei Eisners erklärten nach längerem Auseinandersetzen, sie würden ihren Klienten folgenden Vergleich vorschlagen: Die Witwe Eisners erhält eine Jahresrente von 1200 M bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung ab 1. Januar 1928 und eine Einmalzahlung von 3000 M für die Zeit von 1925 bis 1928. Die Tochter Eisners erhält eine Jahresrente von 1200 M bis zum 31. Lebensjahre bzw. bis zu ihrer Verheiratung.

Der Vertreter des Fiskus stellte sich auf den Standpunkt, daß der Staat einen Rechtsanspruch auf eine Rente seitens der Witwe Eisners nicht anerkenne, daß er aber aus Billigkeitsgründen eine Rente gewähre. Der Vertreter der Frau Eisner beantragte für die Vermögensbeiträge 8000 M und erklärte, daß seiner Ansicht nach die Witwe Eisners einen Anspruch auf Pension habe.

Zwecks Verwirklichung von Vergleichsunterhandlungen wurde die Verhandlung auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

Zoos, Oberbürgermeister von Nagen?

Es sind Bestrebungen im Gange, den Reichstagsabgeordneten Zoos, der zum linken Zentrumslager zählt, zum Oberbürgermeister von Nagen zu wählen, sobald die Amtszeit des Oberbürgermeisters Dr. Bromid abgelaufen ist.

Barthels Befinden gebessert

Das Befinden des preußischen Landtagspräsidenten Gen. Barthels ist, wie wir hören, nach den letzten ärztlichen Feststellungen verhältnismäßig befriedigend. Eine Lebensreise scheint nicht mehr zu bestehen.

Peters Union Fahrradreifen oft nachgeahmt - nie erreicht! **Peters Union Fahrradreifen** oft nachgeahmt - nie erreicht!

du hast ein ekles Gefühl vor ihm, hüte dich, an seinen dreieigen Kanten zu streifen; aber auf einmal schließt in seinem Gesicht eine uralt, weisere Welt das Auge auf und schaut dich mild und verwirrend an, und der lichte Saug, eben noch so schlecht, als daß du ihn mit deinem guten Stiefel hätte in den Rot treten mögen, hebt sich wie eine Wolke, schwebt über dir, hoch, lächelnd, unerreichbar weit.

Es widerwärtig und unbehaglich, zu denken, daß so ein achtsamiger Trübsinnige sollte aus dem Samen Abrahams sein. Es war ärgerlich und beunruhigend, daß ein Weltweiser wie Benediktus d'Alpinos dem verfluchten Stamm angehört. Es war, als hätte an diesem Stamm die Natur beispielsweise wollen demonstrieren, wie bis zu den Sternen hoch ein Mensch sich heben, wie tief in Schlamm er einsinken kann.

Nagende Würmer. Nagende Würmer. Der Professor Johann Daniel Darpprecht schwang sich zurück zu seinen Urkunden, aber sie dal der vernünftige, ruhige Mann hatte Geschichte wie ein Schwärmer. Die Buchstaben selber wurden zu Würmern, kriechend, etel sich freudig, leicht, schleichend, mit Köpfen des Herzaos und des Süß. Nagende Würmer, nagende Würmer. Er verzog den Mund, wie aus.

Reitete seine Gedanken in das Bereich, wo Wallungen und Gesichte am leichtesten konnten gehemmt werden, in sein eigenes Bereich, ins Staatswirtschaftliche. Was die Juden am Leben erhielt, war die wirtschaftliche Notwendigkeit. Umfingerte sich die Welt. Früher war eines Mannes Wert bestimmt von Stand und Geburt, jetzt war er bestimmt durch das Geld. Als man die Bergeherten und Gebakten zu den monopolisierten Verwaltern des Geldes gemacht, hatte man selber ihnen das Geld zuwerfen, an dem sie hochkletterten. Jetzt war das Getriebe des Geldes das lebendige Blut des Staates und der Gesellschaft, und die Juden waren dieses Getriebe wichtigstes Rad, waren der ganzen komplizierten Maschinerie Angelpunkt und erster Bebel. Nahn man sie heraus, so brach Gesellschaft ein und Staat. Der Herzog, Zeichen und Symbol der alten Ordnung, des Standes und der Geburt, und der Jude, Zeichen und Symbol der neuen Ordnung, des Geldes, reichten einer dem anderen die Hand, waren verknüpft miteinander, lagen auf dem Volk, einträchtig, iogen sein Marx, einer für den andern.

Nagende Würmer, nagende Würmer. Aufsteigend lehrte Darpprecht zurück zu seiner Arbeit. Zurück wandelte sich unter seinem festen Willen das ekle Gerinsel in Hare, trodene Buchstaben

und hochlich, sorglich, gewissenhaft, umständlich schrieb er sein Gutachten.

Die Ehtinger, nach hartem Feilschen und gegen fette Kompensationen, übergeben den Juden Jechesfel Seligmann den bezoglichen Gerichten, nach außen gewaltig schimpfend, in der Seele heil froh. Die württembergischen Gerichte ließen ihn schon nach wenigen Tagen ledig. Zerbrochen, fahrig, irrt und verstört von dem Schreck, der Todesangst, der Folter, lehrte Jechesfel nach Treudental zurück, auf den Rest seiner Tage von dem Ausgestanden bis ins Mark verweilt. Oft viel ihn ein nervöses Juden an, schüttelte ihn, rief ihm die Schultern, die Arme lächerlich sappelnd hin und her, lehrte sein Gesicht; oft auch, unerlebens wimmerte er, beulte leise, tierhaft. Andere Juden foratren für ihn, schafften ihn außer Landes, nach Amsterdam.

Ob er Deutschland verließ, schrieb er dem Finanzdirektor, ob er bei ihm vorprechen dürfte, ihm zu danken. Süß überlegte, schwankte. Es wäre Triumph gemelen, den Stuttgarter die Beute vorzuführen, die er den Ehtingern entrißen. Aber andernteils sah diese Beute doch gar so schäbig und geruht aus, die Stuttgarter hätten, wenn nicht laut geschimpft, zumindest grobe Witze gemacht, und dann wagte er nicht, den Herzog, den der ganze Handel arg verdros, durch Aufführung des Jechesfelweiter zu reizen. Großmütig verzichtete er also darauf, persönlich den Dank des Befreiten entgegenzunehmen. Gestand sich aber, wie dies in letzter Zeit seine Art war, die wahren Gründe nicht ein, sondern spreizte sich vor sich selber, wie es sich nun erweilt, daß er nicht um Dank, sondern nur aus reinen und edlen Motiven die Tat getan habe.

Um so fetter mähtete er in Frankfurt seine Eitelkeit: Ei, wie drängten sich in den Gassen des Ghettos die Juden, ihn zu sehen, garuellen Bewunderung, stießen allen Segen Gottes auf ihn herab, hoben ihre Kinder hoch, daß sie mit ihren fremdartigen, schönen, länglichen Augen sein seltsames und beglückendes Bild einfingen. Wie über einen Leerdich schritt er über hemmungslose Bewunderung und gute Wünsche. Ei, was für einen Ketter und großen Frommen hat da der Herr, gelobt sein Name, Israel in seiner großen Not geschickt. Und in der Synagoge stand er, wurde aufgerufen zur Vorlesung der Schrift, und während das Gesumme, das den menschenvollen Raum immer füllte, so kumm ward, daß das erariffene Schweigen der aus wilder Furcht Erhösten die Mauern fast sprengte, ließ mit seiner sätzigen Stimme der weiße Rabbiner die schönen, milden, alten Segnungen wie aus edler Schale lautes, woblriechendes Wasser auf ihn niederrieseln.

Nur eine breitete ihre Bewunderung nicht so weich und willig vor ihn aus, wie er erwartet hatte: keine Mutter. Sie, sonst keine demütigste, seligste Anhängerin, schien dieses Mal eng, ängstlich, gebemmt. Wohl fand sie immer neu Lob und Preis, wie groß und herrlich und schlant und reich und edelmütig und elegant und geachtet und tief und mächtig er sei, wie begabt er sei an allen Gütern der Welt, an Geld und Gemüt und Schönheit der Gestalt und Edelmut und Frauen. Aber sie ging nicht so auf in ihm wie sonst. Die törichten großen Augen in dem schönen, weißen Gesicht wurden plötzlich wie in tiefer Angst erschreckt von ihm weggerissen; ihre Hände, die an ihrem geschickten, eleganten, mächtigen Sohn herumstreiften, hielten unvermittelt, ohne Anlaß, inne. Die schöne, heitere, gern plappernde, leichtlebige alte Dame hatte gegen ihre Art etwas Fabriges, Nervös-Berückertes, Geberetes.

Während sie so in dumpfer Luft unfrei zusammenfasen, trat Rabbi Gabriel in ihr Gespräch. Michaela fuhr mit einem kleinen Schrei hoch, hob wie lebend und in leichter Abwehr die Hände.

„Hast du sie ihm gegeben?“ fragte der Rabballist. Michaela, fahl, die Augen weit auf, trat einen Schritt hinter sich. „Gib sie ihm jetzt!“ sagte der Rabbi, ohne die Stimme zu heben, doch so, daß Widerstand farb. Michaela, mit schlaffen Gliedern, gepreht wimmernd, ams.

„Was soll das?“ fragte betreten und unmutig Süß. „Warum quält Ihr sie? Was wollt Ihr von ihr?“ „Du hast mir gesagt,“ erwiderte der Rabbi, „was du vor das Kind hinstellen willst als Sinn und Rechtfertigung. Ich nehme deine Rechtfertigung in die Hand und seige sie dir, wie sie wirklich ist.“

Schleppend, wie gezogen, kam Michaela zurück. Brachte einen Pack Schriften, Briefe, wie es schien. Legte sie schein vor den Erstaunten. „Nah ich bleiben?“ fragte sie mühsam, und ihre Stimme war ganz klein und voll Furcht. „Geb nur!“ sagte, fast ältlich, der Rabbi.

Jögernd griff, nachdem sie eiltig sich entfernt, Süß nach den Schriften, hielt sie in der Hand, unentflossen, begann endlich zu lesen. Galante Briefe, leicht alimodisch, gleichgültiges Zeug. Er wunderte sich, verstand nicht. Was soll das? Sah schließliche Zusammenhänge, kombinierte rasch weiter, sah betroffen wie nach einer jähen, schlaabakten Erhellung von den Papieren auf, sah nach dem Rabbi. Der war nicht da, er war allein im Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Severing über den Bürgerblock

Karl Severing, der Mann, dessen feste Hand die Reaktionäre und Putschisten in Preußen jahrelang zu führen bekamen, ist nicht das, was man einen blendenden Volksredner nennt. Ihm ist auch die agitatorische Phrase fremd. Aus seinem starken Verantwortungsgefühl heraus redet er, das ihn im Wirken für die Arbeiterklasse, für das Volk und zum Wohl des Staatsganzen stets befeuert. Versammlungen sind für ihn nicht nur eine Gelegenheit, durch das gesprochene Wort Parteianhänger zu werben, sondern auch, und er sprach das gestern abend in der Festhalle aus, um die Wähler zu Staatsbürgern zu erziehen. In sicherem logischem Gedankenaufbau schilderte Severing gestern abend die innerpolitische deutsche Entwicklung seit den Reichstagswahlen 1924, wobei er den Nachweis lieferte, wie tödlich die Mehrheit der Wähler damals votiert hat. Und warum es das Lebensinteresse sowohl des deutschen Volkes wie besonders der Arbeiterklasse erfordert, daß am kommenden 20. Mai die deutsche Wählermehrheit anders und besser sich entscheidet, das fand eine klare und überzeugende Beweisführung.

Severing lehnte es ab, sich im Parteigezänk zu ergehen, er will allgemein aufführend und politisch belehrend wirken. Damit fand er gestern abend bei den Versammelten volles Verständnis, wie die große Aufmerksamkeit bewies, mit der seine Darlegungen angehört wurden.

Der Wahlkampf ist nunmehr eröffnet. Wenn auch die nächste Zeit in erster Linie den organisatorischen Vorarbeiten gewidmet ist und sein muß, der Kampf hat begonnen. Sein Ausgang ist besonders für die werktätige Bevölkerung von der allergrößten Bedeutung.

Als Gen. Severing den Saal betrat, ertönte lautenfähiges Händeklatschen als Gruß. Das Reichsbanner, das den Saalhaus übernahm, wie es ihn bei jeder der drei Weimarer Parteien auf Anfordern übernimmt, begrüßte seinen Kameraden Severing mit einem dreifachen Frei Heil! Nachdem eröffnete der Redner die sozialdemokratischen Vereine, Gen. Rosa Luxemburg, die Verammlung, entbot den Erscheinenden, besonders dem Referenten, der Kaiserlich, sowie dem Reichsbanner den Willkommengruß. Nun riefen sich die Passaglia-Sänger und ertönte unter Leitung von Musikleitern Schiller ein vorzüglich wiederbegebenes Lied durch den weiten Saal. Ein Beifallssturm der Verammlung folgte. Ein Dank an die Sänger durch den Vorsitzenden und Worterstellung an den Referenten.

Genosse Severing am Rednerpult

Von starkem Beifall empfangen betrat unser bewährter und tapferer Führer das Rednerpult. Seinen bereits 14 Händigen, oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen entnehmen wir hiermit das Wesentlichste. Er führte u. a. aus:

Es sind genau vier Jahre her, seitdem ich an dieser Stelle zu den Karlsruher Wählern sprach und auch den Wahlkampf eröffnete. Damals fanden die Wahlen unter dem Zeichen der Niederzwingung der Sozialdemokratie, Kommunisten und Deutschnationale wollten der Sozialdemokratie den Garaus machen. Die einen machten uns den Vorwurf, daß wir den Wahlkampf abgebrochen haben, wir hätten deutsche Interessen geschädigt, ja oft wurde uns Vorbescheid vorgeworfen. Die anderen machten uns den Vorwurf, wir hätten die Stabilisierung zu früh durchgeführt. Die Sozialdemokratie ging damals geschwächt aus der Wahl hervor, aber sie hörte nicht auf, ein respektabler Faktor in der deutschen Politik zu sein. Andere Wähler, Franzosen und Engländer waren klüger als der deutsche Mittel, sie hatten Männer bei ihren Wahlen an die Spitze gestellt, die befähigt waren, Europa einigermaßen zu betreiben. Und nun zu den

Taten der Deutschnationalen.

Wenn in der deutschen Außenpolitik unter der jetzigen Regierung keine großen Schäden anerkannt wurden, so ist dies nicht das Verdienst Stresemanns, sondern das Verdienst des englischen und französischen Volkes, das MacDonald beim. Seriat an die Spitze stellte. Durch die Deutschnationalen ist es nicht möglich gewesen, eine stabile deutsche Politik zu betreiben.

Kurz und Stresemann kamen seinerzeit von den Verhandlungen zurück mit dem

Dawesplan

in der Tasche und die Deutschnationalen mußten zu ihm „Ja“ sagen, trotzdem sie dies vorher als Landesverrat bezeichneten. Landesverrat sei es, sagten sie, als es galt, der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich das Wort zu reden. Es war der Fluch des Erfolges der Wahlwahlen 1924 für die Deutschnationalen, daß sie für die qualifizierte Mehrheit zum Dawesplan beizutragen hätten. 50 Prozent wollten noch weiterhin das süße Brot der Dawesplan genießen.

Die Deutschnationalen wußten mit der Zeit, daß mit klüngen Zulassungen nichts zu machen ist gegen die Republik, deshalb hieß die Parole: Heran an den Staat! Die Wahlen nachher brachten den Nachschuß der Deutschnationalen, Herr Wehner mußte unserem Genossen Löbe den Präsidentenstuhl überlassen.

Man machte uns Vorwürfe, daß wir seinerzeit das Ruhrabenteuer liquidierten hätten. Wir waren gegen die Maßnahmen der Cuno-Regierung beim Ruhrabenteuer, aber nachdem die Franzosen eingeschlagen, konnte die Sozialdemokratie nicht zucken, sondern sie mußte darauf hinarbeiten, daß die Sache nicht zum Wehrlutun ausartete. Diese unsere Tat wird die Geschichte der Sozialdemokratie hoch einschätzen. Die Deutschnationalen nahmen aber auch bei den Wahlen 1924 für die Sparte den Mund recht voll, aber in Wirklichkeit hielten sie ihr Versprechen nicht. Also ist der Karlsruher, der wieder zu seiner Sache kam? (Zuruf: Der frühere Oberbürgermeister!) Von deutschnationaler Seite wurde erklärt: Laßt uns nur drei Tage in der Regierung sitzen, dann wird aufgemerkt. Und nachher taten sie nichts, trotzdem sie länger als drei Tage in der Regierung saßen. Vor Tisch las man eben anders!

Auch für die Mittelhändler versprachen die Deutschnationalen alles! Nichts ist herausgekommen. Auch die Befehlshaberordnung ist gewiß nicht sozial, bei ihr ist es wie im Frühjahr, wenn es regnet und dann zuerst die Spikes der Erbsen nach werden. Und was ist mit der Hilfe für die Landwirtschaft geworden?

Überall sehen wir, daß all die großen Versprechungen der Deutschnationalen nicht zur Tatsache geworden sind.

Früher sagten die Deutschnationalen, daß die Männer der Republik, der Sattler Eber, der Schullehrer Wirth und der Börsen-liebhaber Rathenau doch nicht regieren können. Als aber die deutschnationalen Minister Schiele, Schlieben und Reubaus in der Regierung saßen, so sah man alles, aber nur keine qualifizierten Regierungsminister.

Redner kam auf die Vorgänge in der Regierung in den Jahren 1920 und nachher bis November 1926 zu sprechen und erinnerte an den Ausspruch des Deutsch-vollsparteilers Scholz, daß die Sozialdemokratie eigentlich nicht koalitionsfähig sei. Die Verhandlungen wegen der Regierungsbildung nahmen eine seltsame Wendung durch die Verfügung des Reichspräsidenten Hindenburg, daß quasi die Deutschnationalen in die Regierung eintreten sollten. Marx stand also am Scheidewege, dieselbe Marx, der Reichspräsidentenstaatskanzler war. (Zuruf: Weiber!) Der Zufall ist nicht ganz richtig, denn wäre Marx Reichspräsident geworden, so hätte er bei Unterzeichnung durch eine republikanische Umgebung und durch einen republikanischen Staatssekretär ein besserer Reichspräsident werden können als er jetzt ein Reichskanzler ist. Die Person Hindenburgs darf nicht hindernd sein, um eine republikanische Regierung zu schaffen. Das Zentrum hat allen Grund, sich an seine Brust zu schlagen: mea culpa, mea maxima culpa. Durch die Bildung der Reichsregierung sind wir in der Außenpolitik nicht vorwärts gekommen, auch die Geleise sind dürr, die unter ihr entstanden sind. Wohl hat die jetzige Regierung eine Menge Geleise geschaffen, aber es kommt nicht auf die Menge an, sondern auf die Qualität. Wenn man Zeitungen in dieser Richtung erteilen dürfte, so würde die Regierung, was die Menge der Geleise betrifft, die Note 1 erhalten, aber bezüglich der Qualität die Note 5. Auch außenpolitisch famen wir seit dem Eintritt der Deutschnationalen nicht mehr vorwärts.

Referent redete einer Nationalisierung der Gesetzgebung das Wort, denn es gelte, qualitativ gute Geleise zu machen. Aber die jetzige Regierung hat weder positive Arbeit geleistet für den Mittelstand, noch für den Arbeiter. Das frühere Wort „Hat der Bauer Geld, hat die ganze Welt“ mag noch für Baden etwas zutreffen, aber wo die Industrie sich festsetzt, da gilt die Variation „Hat der Arbeiter Geld, hat die ganze Welt!“ (Zuruf!) Wir Sozialdemokraten treten ebenfalls für die Landwirtschaft ein, aber nur für die mittelfähige Landwirtschaft, die dem Boden etwas abnehmen, jedoch aber nicht für die Agrarier, die nicht dem Boden, sondern den anderen etwas abringen. Wir sind gegen die Viehschabergewinnpolitik, die dem Landwirt nichts nützt, sondern nur die Agrarier erhalten. Zu beachten ist auch, daß Herr Schiele erst jetzt seine Forderungen für die Landwirtschaft erhebt, nachdem er schon über ein Jahr Minister ist. Das

Aufbauproblem für Deutschland

für die nächsten Jahre muß sein: Ertragssteigerung für die Landwirtschaft, Qualitätsarbeit in der Industrie und durch eine Verhandlungspolitik neue Absatzgebiete für unsere Waren schaffen. Die große Frage ist, wie können wir das deutsche Volk die nächsten Jahre ernähren, wie können wir Qualitätsarbeit leisten und für unsere Industrie Absatz schaffen. Nicht mit einer Politik nach dem Motto: Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, können wir dieses große Problem lösen. Auch die Rede „nen Offen wollen wir reiten“, ist nicht dazu angetan, im Ausland Vertrauen zu gewinnen. Mit Frentaus-Vorhaben kann Stresemann keine Erfolge erringen. Deshalb muß die Wahl am 20. Mai eine Befreiung der deutschen Außenpolitik von den Deutschnationalen bringen.

Unser deutschen Staatsbürger kümmern sich leider meistens mehr um Boxmäpfe und Fußballspiele (Sehr richtig!) als um den Reichshaushaltsetat, trotzdem dies sehr notwendig wäre. Denn wir haben dieses Jahr noch 887 Millionen für Reparationskosten, nächstes Jahr, dem Beginn der Normaljahre, aber 1250 Millionen. Wir müssen deshalb raschestens mit unseren Gegnern eine Einigung erzielen, wozu aber die deutschnationalen Minister nicht geneigt sind. Es schadet auch, wenn der Außenminister im Reichswehrministerium kein Verständnis findet und der Reichswehrminister Außenpolitik auf eigene Faust betreibt, wie ja die Sache mit den Sowjetkräften um beweist.

Gen. Severing kam sodann auf den geforderte Bau des Panzer-treuzers zu sprechen. Unsere Gegenpartei zu dieser Forderung hat verschiedene Gründe. Einmal können wir uns angesichts der miserablen Finanzlage nicht solchen Luxus leisten. Der Hauptgrund ist aber ein anderer. Wer nicht ernstlich gewillt ist, die Abrüstung zu betreiben, wie es die Deutschnationalen tun, der hat auch kein Recht, andere zu kritisieren, weil sie noch nicht abzurufen. Wir wollen durch eigene Aufrüstung nicht den Gegnern Material geben, daß sie ihre Aufrüstung mit der deutschen Aufrüstung begründen. Die Einwände, daß zum Schutz der Grenze der Panzer notwendig sei, ist geradezu lächerlich.

Wir verlangen auch einen Einfluß der Politik des Innenministeriums mit der der Reichsleitung. Man mag die Sozialdemokratie und besonders mit den Vorwurf, daß wir Arbeiterpolitik betreiben. Als ich Minister wurde, da mußte ich zuerst einige Bonarde und Volkspräsidenten, die nicht republikaner waren, durch Republikaner ersetzen. Weiterhin sagte ich, daß wer für die Republik so eintritt wie z. B. das Reichsbanner, der hat auch das Recht, an der Verwaltung mitzuarbeiten. Und all die von uns eingesetzten Leute haben sich bewährt, es ist also nichts mit dem Geschrei vom Gewalter Schneider und Handhuhnmacher. Aber die jetzige Reichsregierung hat selbst einen ehemaligen Arbeiter in ihren Reihen, nämlich den deutschnationalen Dr. Koch, durch den der Sachmann Dr. Krobne verdrängt wurde. Als ein völksparteiliche Abgeordneter die Qualifikation Kochs bemängelte, da schrieb der deutschnationale Redner von dem Bildungsdiplom der deutschen Volkspartei (Heiterkeit!).

Wenn man von Agrarierseite und der Industrie nach dem Abbau der Sozialpolitik schreit, so fordern wir

Ausbau und nicht Abbau der Sozialpolitik. Dies fordern wir schon im Interesse der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands, denn eine leistungsfähige Arbeiterkraft ist notwendig, um die Konkurrenz zu bestehen. Die sozialen Forderungen sind zu einer politischen Sache geworden. Beim Schlichtungsverfahren ist es nicht gleich, ob eine sozial einseitige Regierung oder eine sozial-moderate am Ruder ist. Das sollte auch den Arbeitern und Angehörigen zu denken geben.

Redner wandte sich nun der Verfassungsreform wie Verwaltungs- und Wahlreform zu. Wir müssen endlich eine einzige deutsche Nation werden. Der Mittel, der deutsche Rückwärts

ler, sitzt beim Volke selbst und nicht etwa bei den Parlamentariern usw., denen die Schuld an der so gar keinen merkwürdigen Fortschritt aufweisenden Reichsvereindeilung binogewiesen wird. Redner betit dies an einem trefflichen Beispiel. Wenn unsere Aufklärung nicht bei den Wahlen zum Ausbruch kommt, so bleiben wir noch lange konfessionell auch auf diesem Gebiete. Deshalb ist eine Linksregierung in dieser Richtung ebenfalls zu wünschen.

Früher hatte das Volk keinen Einfluß auf die Regierungsbildung und auf die Außenpolitik, heute liegt dies aber in der Hand der Wähler. Die Wahl am 20. Mai hat eine ganz besondere Bedeutung. Wir haben noch keinen wirklichen Friedenszustand, wenn wir aber die Forderung Europas wollen, dann ist notwendig, daß auch die anderen Länder mitmachen. Frankreich und England haben weisheitsvoll gewählt. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit offensichtlich. Das ist der große Unterschied.

Jede Stimme, die auch für die Kommunisten abgegeben wird, ist eine Stimme für die Deutschnationalen. (Sehr richtig!). Deshalb fort mit der Zerstückelung.

Sorgen Sie dafür, daß Karlsruhe und Baden wieder zu altem Ruhm kommen. Für Gold und Schwarz fordern die anderen Parteien, sagen wir aber dafür, daß das Beste nicht zu kurz kommt. Und dies nicht nur im Interesse unserer Partei und ihrer Ziele, sondern im Interesse des deutschen Volkes, das aus tausend Wunden blutet und wie es zur Gesundheit führen wollen.

Vonanbehalten der Beifall durchbrachte den Saal. Ein kurzes Dank- und Schlusswort des Vorsitzenden und die Sänger schloßen, da keine Diskussion beliebt wurde, mit dem lo hinreißend wirkenden „Ich warde dein“ die ausgezeichnet und eindrucksvoll verlaufene Versammlung.

Partei-Nachrichten

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe. Veranstaltungen finden statt: Donnerstag, 5. April:

Zeitschein im Rev. abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Bürgermeister Gen. Dr. Traus-Reit spricht über das Thema: Der Einheitsstaat im Kampfe der Meinungen.

Freitag, abends 8 Uhr, im „Baldner“ öffentliche Versammlung mit Vortrag des Gen. Dr. Brannath über „Sport und Arbeiterbewegung“.

Montag, 9. April

Kampfbrosch. mittags 12 Uhr, findet im „Café“ eine Parteiverammlung statt. Tagesordnung: Vertiefung der Parteitarif in Vorzeitem. Referent: Gen. Vogel.

Wir bitten für guten Besuch zu werden. Z. r. i. s., Parteisekretär.

Gewerkschaftsbewegung

Die Bewegung im Buchdruckgewerbe

Berlin, 3. April (Funkdienst). Die Erregung über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für das Buchdruckgewerbe, die sich besonders in München, Stuttgart, Karlsruhe, Ulm und Königsberg in Streikbeschüssen entzündete, ist jetzt auf der ganzen Linie der Einigkeit gemindert, daß durch die Entscheidung des Reichsarbeitsministers ein Zwangsarbiträr geschaffen wurde, dem die Geschlichtungsinstanz sich fügen muß. Der Streik in Ulm endete mit einer Vereinbarung, monach der Lohn für Samstag zu zahlen ist, während die am Montag ausgefallene Arbeit nachgeholt werden muß. In Berlin haben die Maschinenher der Buchdruckerei B o l l einen Einheitslohn von 105 M wöchentlich gefordert. Da diese Forderung abgelehnt wurde, stellten sie die Arbeit ein.

Einigung in der Metallindustrie Köln

Berlin, 3. April (Funkdienst). Durch freie Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie wurden für Köln mit Wirkung vom 1. April ab die Gruppenlöhne in der Metallindustrie um 8 bis 10 Proz. pro Stunde erhöht. Die Löhne der Hilfsarbeiter betragen in Zukunft 75 Proz. der Löhne ihrer Berufsgruppen. Für die Vorkarbeiter wird eine Sonderzulage von 4 Pfg. befristet, ebenso für die Hilfsarbeiter.

Deutschnationale Handlungsgehilfen

Eine feine Ansehens-Drahtanlage ist der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband. In der Nummer 4 des „Westmärker“, der Ausgabe des DDB für das Rheinland, finden wir folgende Bekanntmachung:

Wir bitten um Antritt der Kollegen, die ein Ehrenamt oder andere Funktionen im Stahlheim, im Westm., in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, im Jungdeutschen Orden, im Niedersächsischen-King, im Lauenburgerbund, Verband Hindenburg oder einer ähnlichen politischen Kampfbewegung oder Verbotsorganisation beabsichtigen, den Allgemeinbildungsobmann der Ortsgruppe Groß-Köln, Kollegen Hans Bauer, Köln, Dreifönigstraße 1 a. Die Kollegen werden alsdann durch unsere national-, kommunal- und kulturpolitischen Rundbriefe wertvolle Unterstützung für ihre Tätigkeit laufend erhalten.

Man wird mit der Vermutung nicht fehlgehen, daß es sich bei dieser „wertvollen Unterstützung“ um Material oder Anweisungen für die bevorstehenden Wahlen handelt. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ist, wie man leicht, im Grunde nichts anderes als eine Filiale der reaktionären Parteien.

Sport

Zum Gautag und Gau-Saalfest in Konstanz

Am Ostermontag treten in Konstanz die Bezirksleiter und die auf den weiträumigsten reichlichen Feldern des Gau 23 zum 8. Gautag zusammen. Anschließend an diese wichtigen Verhandlungen treten die Saalfestler des ganzen Gau, welche im vergangenen Jahre die Bezirksmeisterschaft errungen haben, zum Gauwettkampf an. Am 20. April 1928 kommen an diesem Tage um die Gauwettkampftitel auf den Saalfestplätzen. Schützlinge, Runtrelen, Runtreladen und Runtreläden kommen bei dem Wettkampf zur Aufführung, wobei die Veranstaltung für jeden Besucher ein erstklassiges sportliches Ereignis sein wird. Außerdem ist am Ostermontag, vormittags, ein Motorbootfahrt auf dem Bodensee vorgesehen. Anmeldungen hierzu müssen bis 11. März an den Vorsitzenden der Ortsgruppe Konstanz, Friedrich Harber, in Konstanz, Lagermoosstraße 16, gelangt werden.

Bundesgenossen und Genossen, es ist Aufgabe aller, dafür beforzt zu sein, daß der Ostermontag 1928 zu einem Meistertag für den Arbeiter- und Bauernbund Südbadens wird sowohl auf organisatorischem wie auf sportlichem Gebiete. Die Lösung der Ortsgruppen lautet also: Auf an Ehren nach Konstanz zum Gautag und Gau-Saalfest der Arbeiter- und Bauernbund. Wegen Quartier müssen sich alle an Genossen Max G e i s t f r a u in Konstanz, Brühlengasse 14, wenden.

Die Würfel-Packung ist praktisch



MAGGI'S Erbs-Suppe

und weitere 27 Sorten

- | | | | | |
|----------------|---------|---------------|----------------|---------------|
| Eier-Sternchen | Reis | Reis-/Tomaten | Erbs-/Schinken | Reis-Julienne |
| Eier-Nudeln | Pilz | Blumenkohl | Grünkern | Erbs-/Reis |
| Erbs-/Speck | Spargel | Eier-Riebele | Königin | Windsor |
| Ochsenchwanz | Rumford | Tomaten | Mockturtle | usw. |

Kochfertig - Nahrhaft - Reiner natürlicher Geschmack



MÖBELHAUS MAIER WEINHEIMER

Karlsruhe, Kronenstr. 32
 Großes Lager · Billigste Preise
 Zahlungsverleichterung
 Auf Straße u. Hausnummer achten

LEIPHEIMER & MENDE

Das Spezialgeschäft für
 Herren- und Damenstoffe
 Wäsche-
 und Haushaltstoffe

GESCHW. KNOPF

DAS GROSSE MODERNE
 WARENHAUS
 führt in seinen zahlreichen Abtei-
 lungen sämtliche Bedarfs-Artikel
 in nur guten Qualitäten zu den
 billigsten Preisen

Friedrich Däuble
 Karlsruhe-Rüppurr
 Telefon 1811
 Gegründet im Jahre 1878
 Essig- u. Salz-Gewürz-Gurken
 Essige, Tafelset

Saly Landauer
 Schuh-
 Inlandletztungs-Fabrik
SOLID
 Kaiserstraße 44, Telef. 4757
 Annahmestellen:
 Lessingstr. 31 Schützenstr. 91
 Durlach: Leopoldstr. 9

Gebrüder Strauß
 Karlsruhe, Kreuzstraße 19

Großes Lager
 Herren- und Damen-Kleiderstoffe,
 Aussteuer-Artikel, Bettfedern,
 Trikotagen

Spezial-Abteilung: Herren-Schneiderei

**Wein, Brantwein
 Likör**
 am besten im einzigen alt-
 bekannten Fachgeschäft
Urban Schurhammer
 Weingroßhandlung
 Durlach, Blumenstr. 13

Alois Müller
 Mineralwasserfabrik
 Gegründet 1893
 Feinste Limonaden und
 künstliche Tafelwässer

Färberei Printz

A. G. Karlsruhe
 Ettlingerstraße 65/67. Fernruf 4507 und 4508
 Gegründet 1846
Werk für Färberei
 Chemische Reinigung u. Wäscherol
 Annahmestellen überall

**Bezirkskonsumverein
 Bretten-Bruchsal e. G. m. b. H.**

Gegründet 1908 Mitglieder 4544
**Größtes Lebensmittel-
 geschäft des Bezirks**
 Werdet Mitglied! Eintritt frei!

Recker & Haufier Ludwigsplatz

Büro und Lager: Beltortstraße 9
JUNO-KOCHHERDE
 Gasherde . . . von Mk. 85.— an
 Kohlenherde . . . von Mk. 72.— an
 Kombi. Herde . . . " 140.— "
 Badeeinrichtungen " " 220.— "
 Ir. Dauerbrandöfen " " 18.— "
 Zahlungsverleichterung!

Gritzner

**Nähmaschinen
 Fahrräder**
 mit „Gritzner-Freilaufnabe“

Bestes deutsches Erzeugnis

Maschinenfabrik Gritzner
 A. G. Durlach

**Städt. Sparkasse
 Baden-Baden**

Führung von Spareinlage-,
 Giro-, Scheck- und Konto-
 korrent-Konten * An- und
 Verkauf von Wertpapieren
 Offene Depots * Schließ-
 fächer, zeitgem. Verzinsung

Aeltestes Geld-Institut am Platze



Photo- u. Kino-Apparate

Aufnahme- und Vorfüh-
 rungsapparate / Licht-
 bilder-Apparate zur Pro-
 jekt. und durchsicht, sowie
 Glasbilder / Photo-Ar-
 beiten innerhalb 8 Std.

Alb. Glock & Cie.
 Kaiserstraße 89, Tel. 51
 Gegründet 1861

Moritz Veith
 Nachf.

Karlsruhe, Kronenstr. 34
 Teppiche, Läufer
 Divandecken
 Möbelstoffe, Matratzenstoffe



Du kannst viel

für den Volksfreund tun, wenn Du Dich bei Deinen
 Einkäufen auf ihn berufst, wenn Du ihn bei Be-
 kannten zum Abonnement empfiehlst

Tue es doch bitte!

Billigste Bezugsquelle
 für Qualitätswaren
 in Kleiderstoffen,
 Modewaren, Wäsche,
 Schürzen, Strümpfe
 usw.

**Gera-Greizer-
 Kleider-Stoff-Geschäft**
 Lichtentalerstraße 34
 Baden-Baden

Richard Baer
 Rastatt
 Lumpen-Sortieranstalt
 Telefon 340

Käufer sämtlicher
Stoff-Abfälle
 aus Schuhe-, Wäsche u.
 Korsettfabriken



Herren- und Knaben-Konfektion

sowie
 Berufs-Kleidung aller Art
 finden Sie in größter Auswahl zu billig-
 sten Preisen in dem Spezialhaus von

Kastner & Schillinger, Rastatt

TAPETEN-SPEZIALHAUS

Rieger & Matthes Nachf.

Inh.: Alb. Niegel & Rich. Becker
 Kaiserstraße 186, am Kaiserplatz
 Fernruf 1783

Reichhaltige Auswahl geschmack-
 voller Muster in jeder Preislage!

TEKKO — SALUBRA — VELOUR

Christ. Oertel

Kaiserstr. 101-103 Karlsruhe Fernsprecher 217

Spezial-Haus

für gediegene Wäsche- u. Betten-Ausstattungen

Trinkt Milch! Eßt Yoghurt!

Milch ist das bekömmlichste, nahrhafteste, billigste
 und gesundeste Nahrungsmittel / Milch von nur ein-
 wandfreier Beschaffenheit, sowie Yoghurt, Süß-
 rahmbutter, Schlagsahne, Frühstückskäse erhalten
 Sie täglich frisch in den uns angeschloss. Milchspezial-
 geschäften der Milchhändler-Genossenschaft Stadt.

Stadt. Milchzentrale Offenburg / Tel. 1941

B. Borgwardt & Co.

Karlsruhe, Poststr. 12
 gegenüber der Bahnpost

Billigos Einkaufshaus

für Herren-, Jünglings-
 und Knabenbekleidung

Sie kaufen
 am Besten im

Konsumverein Durlach u. Umgegend

weil er, wenn Sie Mitglied sind oder werden,
 Ihr eigenes Geschäft ist, indem alle Erübrigung
 an die Mitglieder zurückfließt. Dies-
 jährige Erübrigung 43 243 Mark, wovon
 33 750 Mark zur Verteilung gelangen.

BEI DEN FIRMEN DIE IN UNSERER PRESSE INSERIEREN

BEI DEN FIRMEN DIE IN UNSERER PRESSE INSERIEREN

ca. 2400 Stück Woll-Waren

Herren- / Damen- / Kinder-Westen und Pullover

zum Osterverkauf

Damen- u. Herren-Westen reine Wolle	4.90
Damen-Westen Wolle mit Kunstseide gemustert 10.40 9.80	8.90
Damen-Pullover Kunstseide, schöne Streifen	3.90
Damen-Pullover Wolle mit Kunstseide	6.90
Herren-Pullover reine Wolle	7.90
Damen-Jacken Wolle mit Seid. m. Wollpelzbes. 17.50 15.50	13.50

Pullover-Kleider für Damen	10.40 an
Kinder-Pullover pr. Qual. rein. Wolle, gestr. m. Krag. u. Gürt. Gr. 1	5.60
Kinder-Westen reine Wolle mit Kragen	4.90

Strick- und Pullover-Kleider
für Damen und Kinder
neu aufgenommen

BURCHARD

Aufgepaßt! Seltene Gelegenheit!
Neu eingetroffen ein Vollen
Herren-Anzüge
dar. prima Qualitäten
beste Verarbeitung
zu Rf. 14., 18., 22., 26., 32., 38., 42., 46.—
Herren-Frühj.-Mäntel
zu Rf. 11., 14., 22., 26., 32., 38.—
Herren-Hosen
großer Vollen
3.75, 6.25, 8.75, 9.75
Ein Reibhosen
Kinder-Mäntel
außerst billig
Knaben-Anzüge
in Wandfester und für Konfirmanten, schwarz und blau, sehr billig
Damen-, Herren- und Kinderhüte
von 3.75 an
Verkauf nur bis Mittwochabend
Gelegenheitskäufe
Kaiserstr. 109, im Hof zwischen Kronen- und Holzerstraße
Kauf von Konfekt- u. Weislagerebeständen.

Wohn- und Speise-Zimmer
in modernsten Formen bei bester Ausführung außerordentlich billig
Gebr. Klein
Möbelfabrik
Durlacherstr. 97
Röppnerstraße, 14



Lebensbedürfnisverein

Für Ostern empfehlen wir:

- Schönste schwere Italiener Eier zu 18 Pfg.
- Gar. frische Inlands-Trinkeier 15 "
- Ostereierfarben, 5 Farben im Päckchen 10 "
- Span. Blutorange (Halbblut) Pfund 32 "
- Große goldgelbe Zitronen. Fst. hellgelbe Sultaninen, extra Ware, Pfund Mk. 1.—. Blütenweißes Auszugsmehl 00 Pfund 26 Pfg. Reichhaltiges Lager in

Gebr. Kaffee und Tee

- Gebr. Kaffee Edelmischung 1/4 Pfd.-Paket 1.20 Mk.
 - " " Festmischung 1/4 " " 1.10 "
 - " " Sorte I 1/4 " " 90 Pfg.
 - " " Sorte II 1/4 " " 80 "
 - " " Sorte I offen 1/4 " " 80 "
 - " " Sorte II " 1/4 " " 70 "
 - Fst. Tee Kalkutta 1/8 " " 75 "
 - " " Soukong 1/8 " " 60 "
 - " " Ceylon Drang Pekoe 1/8 Pfd.-Paket 80 "
- son. Orig.-Packungen v. Ceylontee i. Vast, Tee GEG, Tee Kefmer Ceylon Indian, Ceylon Drang u. Mischung 3

Schokoladen GEG, Eszet, Bensdorf, Waldbaur, Cenovis, Trumpf, Lohmann, Fst. GEG Kagenzungen Karton 35 u. 65 Pfg., Marzipan, Nougat- und Krokantstangen zu 8 Pfg., Pralinen in div. Sorten und mit versch. Einlagen — Abgabe nur an Mitglieder

Schokoladen-Konsum

Hermann Schirmak G. m. b. H.
Groß-Tschansch bei Breslau

ruft seine Kunden, seine Freunde zum Ostereinkauf!

Ostern, das Fest der süßen Geschenke! Alle sollen schenken können, und alle können reichlich sehen, wenn sie im Schokoladenkonsum kaulen.
Die letzten Wochen bewiesen von Neuem, daß alle Kreise erkannt haben, daß alle unsere Artikel gut und billig sind. Die begeistertsten Zuschriften zeigen uns immer wieder, daß wir auf dem richtigen Wege sind.
Wir haben keine drei oder vier Lockartikel, wir brauchen auch keine besonders billigen Tage zu veranstalten, in allem sind wir dauernd gleichmäßig billig.
Unsere großen Vorbereitungen für den Osterverkauf beweisen Ihnen nachstehende Zahlen. Allein aus unseren Breslauer Fabriken gingen in unsere Verkaufsstellen in den Monaten Januar Februar, März:

90 Waggons und weitere 3000 Kisten zusammen etwa 17 000 Kisten.

Und trotz dieser gewaltigen Mengen von vielen Tausenden von Zentnern werden Sie es erleben müssen, daß der eine oder andere Artikel ausverkauft sein wird.

Es ist eigentlich überflüssig, Ihnen unsere Preise zu nennen, wir wollen es aber dennoch tun, da es nun einmal dazu gehört:

Sie erhalten bei uns mehr für Ihr Geld!

- Nur einige Beispiele:
- Creme-Pralinen das halbe Pfd. 32 Pfg.
 - Milch-Pralinen das halbe Pfd. 35 Pfg.
 - Orange-Köpfchen das halbe Pfd. 38 Pfg.
 - Nürnberger Mischung das halbe Pfd. 42 Pfg.
 - Theater-Mischung das halbe Pfd. 44 Pfg.
 - Tourner-Mischung das halbe Pfd. 46 Pfg.
 - Ranggeschmack-Pralinen das halbe Pfd. 45 Pfg.
 - Weinbr.-Bohnen (r. Weinbr.) das halbe Pfd. 68 Pfg.
 - Flüssig gefüllte Bohnen das halbe Pfd. 50 Pfg.
- Geschenk-Kartons in jeder Größe und Preislage
Riesen-Geschenk-Kartons für Ostern St. Mk. 1.25
Oster-Hasen und Eier in grosser Auswahl

C. Hein, Kaiserpassage 3

Todes-Anzeige.

Nach längerem schwerem Leiden verschied heute Abend 7 Uhr unser lieber Sohn

Friedrich Müller jr.

Friseur
im Alter von 23 Jahren.
Karlsruhe, den 1. April 1928.
Augartenstraße 58.

Ramen der tieftrauernd. Hinterbliebenen

Familie Friedrich Müller

Friseurmeister.
Die Beerdigung findet am Dienstag den 3. April, nachm. 4.30 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. 2868

Am Ostersonntag den 7. April 1928, bleiben unsere sämtl. Geschäftsräume geschlossen

- Reichsbankstelle
- Badische Bank
- Badische Girozentrale
- Baer & Eland
- Darmstädter & Nationalbank Filiale Karlsruhe
- Velt L. Homburger
- Rheinische Creditbank, Filiale Karlsruhe u. deren Depositenkassen
- Straus & Co.
- Süddeutsche Discontogesellschaft Filiale Karlsruhe u. deren Depositenkasse

Zu verkaufen: Parkettböden werden laubert jedem abzugeben, qm 60-3, 100-100, 30-3, Georg Meib, Durlacherstr. 14 III W46

Baugenossenschaft Gartenstadt Rastatt e. G. m. b. H.

Bilanz per 31. Dezember 1927

Aktiva	R.M.	R.M.	Passiva	R.M.	R.M.
Gebäude-Konto			Stammanteil-Konto		57420.84
Stand am 1. Januar 1927	314.000.—	u. 431.000.—	Reservefonds-Konto		5800.—
Zugang pro 1927	745.000.—	148.360.24	Einlage-Konto		80.000.—
Abreibungen	863.360.24	867.900.—	Bau-Konto (laufende Bau-schuld)		29.286.82
Zubehör-Konto	5.357.85	1.—	Kreditoren-Konto (Bau-darlehensschuld)	506.748.42	
Abreibung	5.356.85	1.—	Kreditoren-Konto (unbezahlte Rechnungen)	5.086.65	601.835.07
Kassa-Konto (Barbestand)		343.66	Umschlag-Konto		100.000.—
Effekten-Konto		1.—	Hilfsrücklage-Konto		1.000.—
Debitoren-Konto (Kassenhände)		9.605.29	Reingewinn pro 1927		3.956.98
Bau-Konto (Guthaben)		1.086.66			
Vorausbezahlte Versicherungsprämie		33.80			
Bau-Konto (Materialver-rate)		328.—			
		879.299.41			879.299.41

Mitgliederbewegung:

Mitgliederstand am 31. 12. 26	= 457
Zugang pro 1927	= 28
Abgang pro 1927	= 81
Stand am 31. 12. 1927	= 404

Geschäftshaben am 31. Dez. 1926 . . . 44.633.25
31. Dez. 1927 . . . 57.420.84
Hafsumme am 31. Dez. 1926 . . . 94.500.—
31. Dez. 1927 . . . 82.000.—
Rastatt, den 31. März 1928
Der Vorstand:
Wagner Reudez Kirchgeßner

Berufs-Kleidung
aller Art, auch für Lehrlinge, empfiehlt in nur guter Qualität, zu billigsten Preisen
Levy
Markgrafenstr. 22

Herren-Hüte-Mützen in großer Auswahl
Adolf Lindenlaub
Kaiserstr. 191

St. Jakobs-Balsam
„Echter“ zu Mk. 3.—
von Apoth. C. Trautmann, Basel. Hausmittel ersten Ranges für alle wunden Stellen, Krämpfe, offene Wunden, Brand, Hautleiden, Fiechten, Wolf, Frostbeulen, Nachahmungen zuerkennen. In den Apotheken zu haben.
Welcher Postlerer arbeitet Sonntag, gut mobilisiert 2 Waggons mit? Off. m. Zimmer bill. zu vermieten. Preisangeb. mit Nr. 2871. Zu erfragen unt. L. 403 an das Volksfreundbüro im Volksfreundbüro.

Gemeinde- und Kreissteuer aus Grund- und Gewerbevermögen sowie Gebäuderversteuer betr.

Die Befähigten werden aufgefordert, die Märzrate der Gemeinde- und Kreissteuer sowie der Gebäuderversteuer bis längstens 5. April 1928 zu entrichten. Wer bis zu diesem Zeitpunkt keine Steuerzahlung nicht begleicht, hat 10 v. H. Verzugszinsen zu entrichten und außerdem Zwangsversteigerung zu erwarten.
Karlsruhe, den 3. April 1928.
Stadtbauamt.

Höhere Handelsschule Karlsruhe

Abteilungen für Knaben und Mädchen.
Zweck: Vorbereitung für die nach kaufmännischen Grundfächern eingestellten Berufe.
Aufnahme: Der Eintritt in die Abteilung mit einjährigem Lehrgang erfolgt auf Grund der Reife für die Obertertia einer höheren Lehranstalt.
Schüler und Schülerinnen, die die vorgeschriebene Bedingung nicht erfüllen, können bei entsprechendem Alter aufgenommen werden, sofern sie durch eine Aufnahmeprüfung nachweisen, daß sie eine Allgemeinbildung besitzen, wie sie durch den erfolgreichsten Besuch der letzten Klasse einer höheren Lehranstalt erworben wird.
In die Abteilung mit zweijährigem Lehrgang werden nach bestandener Aufnahmeprüfung Knaben und Mädchen aus der Volksschule und den höheren Lehranstalten aufgenommen.
Vor der Aufnahmeprüfung besteht ein Schülertest und Schülerinnen, welche die vierte Klasse einer höheren Lehranstalt erfolgreich besucht haben.
Die mittlere Reife nach erfolgreichem Besuch der zweijährigen höheren Handelsschule erhalten:

- Schüler und Schülerinnen, die vor ihrem Eintritt die vierte Klasse einer höheren Lehranstalt bzw. die entsprechende Klasse einer Aufbauschule erfolgreich besucht haben oder
 - Schüler und Schülerinnen, die bei ihrem Eintritt durch eine Aufnahmeprüfung mit ähnlichen Anforderungen die Reife nachweisen, wie sie für die Aufnahme in die Obertertia einer höheren Lehranstalt verlangt werden.
- Der Besuch aller Abteilungen der höheren Handelsschule besteht von jedem weiteren Schulbesuch.
Für die Absolventen der einjährigen höheren Handelsschule bestehen erleichterte Zulassungsbedingungen zu den Diplomprüfungen an der Handelshochschule.
Die Aufnahmeprüfung findet statt am **Dienstag, 17. April 1928, vorm. 8 Uhr** im Schulgebäude, Zirkel 22.
Auskunft im Sekretariat, Zirkel 22, 2. St. Zimmer 8.
Anmeldungen bis 17. April 1928.
Die Direktion.

Möbel zu kaufen ohne die umfangreiche **Möbel-Ausstellung** der Wohnungskunst
D. REIS, Karlsruhe
Ritterstr. 8, besichtigt zu haben, hiesie sich selbst schädigen.